

Wildcat-Zirkular

Nr. 63 März 2002

3 Euro



Linksradikale zwischen Nebelkerzen

Antideutsche an der Front

Universalität und Marx

Fortsetzung: Palästina / Israel

Beilage: Aufstand in Argentinien

Inhaltsverzeichnis

Wildcat-Zirkular 63, März 2002

Editorial	3
Aktuelle Berichte	5
Fortsetzung der Palästina-Debatte	7
Berichte aus Bethlehem	15
Zwischenruf: Skandal im Arbeitsamt	18
Ende der linksradikalen Spaßgesellschaft:	
Linke zwischen Nebelkerzen	20
Antideutsche an der Front	31
Marx und Universalität	44
Nachwort zu Universalismus	54
Burning down the house	56

Beilage: El Argentinazo – Aufstand in Argentinien

Kontakte:

Shiraz e.V. Postfach 30 12 06, 50782 Köln – wildcat@link-lev.de

Shiraz e.V. Postfach 60 13 28, 14413 Potsdam

Welt in Umwälzung, c/o Wildcat, Mannheim-Ludwigshafen suba@wildcat.rhein-neckar.de
www.umwaelzung.de Tel. 0621-65 77 46

freiburg@wildcat-www.de

leipzig@wildcat-www.de

koeln@wildcat-www.de

postdam@wildcat-www.de

stuttgart@wildcat-www.de

hamburg@wildcat-www.de

Archiv: <http://www.wildcat-www.de>

Abos:

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzelexemplar 3 Euro, 6 Ausgaben 15 Euro. Schriftliche Bestellungen an Shiraz e.V., Köln, versand@wildcat-www.de und Überweisung an Shiraz e.V., Kto.-Nr. 7064-509, Postbank Köln, BLZ 370 100 50.

Kann sich noch jemand an Osama bin Laden erinnern?

Das war vor 6 Monaten der meistgesuchte Terrorist auf der Erde, die USA sahen sich sogar gezwungen, ein ganzes Land zu bombardieren, um seiner habhaft zu werden. Irgendwie hat sich das geändert, ein US-Regierungssprecher nuschelte neulich sogar was in Richtung »wir hatten keinen speziellen Streit mit Herrn Laden und suchen ihn im Moment auch nicht gezielt«. Wir selber können in diesem Heft auch nicht weiter zur Suche nach Herrn Laden beitragen: hat er seinen Dialyse-Apparat unter einem anderen Zelt aufgeschlagen? ist er noch im Land? wird ihn der örtliche CIA-Chef wieder am Krankenbett besuchen? (vgl. http://www.copvcia.com/stories/nov_2001/lucy.html) Auf diese und ähnliche Fragen wollen wir aber auf jeden Fall im nexten Zirkular eingehen, wenn es heißt **Globaler Klassenkrieg: Bomben auf das WTC und auf Afghanistan** die Zweite!

Eines ist jedenfalls sicher: der Krieg in Afghanistan ist nicht zuende! Auch beim Thema unseres diesmaligen **Zwischenrufs**, der **Umstrukturierung der Arbeitsämter** anhand des Statistik-Skandals hat die *Frankfurter Rundschau* am 11.3. etwas Sicheres entdeckt: »Eines ist bei den Berliner Umbau-Plänen für die Nürnberger Bundesanstalt sicher: Die künftige Spitze wird für den Beitragszahler teurer als die aktuelle. Jeder der drei neuen Vorstände dürfte schätzungsweise doppelt so viel verdienen wie der heutige BA-Präsident...« – jeder der drei doppelt so viel wie einer, macht 6, oder?

»Wenn es ernst wird und ans Eingemachte geht« hatten wir im letzten Zirkular behauptet, »dann wissen alle – sogar der Kanzler Schröder! –, daß ›der Markt‹ richtig scheiße ist und daß ›wir das irgendwie gemeinsam‹, also staatlich, regeln müssen.« So was ähnliches ist gerade im kapitalistischen Weltsystem passiert, eine regelrechte Zeitenwende: der IWF stützt einen Staat (und dessen Sozialausgaben!), nämlich Argentinien, und nicht - wie bisher - die Kredite der Banken! Das zeigt, für wie stark gefährdet die Herren ihr Weltsystem halten und für wie unangemessen ihre bisherigen »neoliberalen Grundsätze«.

Wir halten die Frage danach, wie sehr die **Kämpfe in Argentinien** dem Kapital ans Eingemachte gehen, für zentral. In der Beilage geben wir einen groben Überblick, was seit dem Dezember passiert ist, welchen Charakter und welche Vorgeschichte das hat. Im zweiten Teil haben wir einige Stücke aus dem *sehr* materialreichen Steinbruch von *Mouvement Communiste* zu der extrem spannenden und vielseitigen Geschichte der Klassenkämpfe in

Argentinien entnommen. Nur daraus lassen sich die spezifischen Abwege (Peronismus), die brutale Repression (Militärputsch) und die heutigen Entwicklungen verstehen. Wir hoffen, daß die Bewegung in Argentinien wenigstens mal etwas Schwung in die hiesigen schlurfigen Diskussionen bringt! Die deutsche Linke ist dermaßen verwirrt und mit sich selbst beschäftigt, daß sie solche welthistorischen Entwicklungen kaum mehr zur Kenntnis nimmt. Das gilt z.B. auch für eine der größten Streikbewegungen von Erdölarbeitern, die seit mehreren Wochen China erschüttert!

Apropos »Erdölarbeiter«: M. aus Hamburg kommt auf S. 7 ff. nochmal auf einen zentralen Begriff in der **Palästina**-Beilage des Wildcat Zirkulars 62 zurück (»Ölproletariat«) und bringt einige Ergänzungen an.

Aber was ist jetzt mit Holzmann? Wo bleibt Supermento/eur Schröder? wird »der Kanzler« nochmal...??? Wird in zwei Jahren noch jemand Holzmann kennen? Was kracht schneller: Holzmann, die (deutschen) Banken oder die Antideutschen Ideologen mit ihrem beliebten Beispiel für Antisemitismus in Deutschland (türkische Holzmann-Arbeiter vor der Deutschen Bank). Im Editorial des letzten Zirkulars hatten wir mit allem nötigen Ernst gefragt: »Warum setzen wir uns mit solchem Schwachsinn auseinander?« – Bevor jetzt jemand fragt: Und warum tut ihr's schon wieder? schon mal die Antwort: »Damit es nie mehr geschehe!« (Adorno) Im Schwerpunkt dieses Hefts Schäferhunde mit Schreibmaschine gehen wir nochmal auf den Hühnerhaufen Antideutsche (S. 11 f.), auf den Zusammenhang von Lebenswirklichkeit und schwachem Denken (S. 20 ff.) und dessen Grundgewißheiten ein (S. 33).

Im nexten Heft geht es um die Globalisierungsbewegung, Kritik an »Empire« und um ... richtig **Globaler Klassenkrieg: Bomben auf das WTC und auf Afghanistan** die Zweite! quod erat demonstrandum – wozu wiederum Loren Goldner schreibt auf S. 44 ff.: **Marx und Universalität**.

Wir haben mit der Beschränkung auf 56 Seiten immer riesige **Platzprobleme** und deshalb zunächst überlegt, die letzten drei Seiten von Lorens Artikel wegzulassen – es ist aber ein fulminanter Einspruch gegen die damals auch in linksradikalen Kreisen gepflegte *Dependenztheorie* und paßt deshalb gut in den Schwerpunkt des Hefts (Antideutsche zwischen Anti-Imperialismus und völkischem Denken). Die Beilage ließ sich (selbst in der fast unleserlich kleinen Schrift) auf gar keinen Fall auf 56 Seiten zusammenpressen, und die nexte Stufe von 80 Seiten haben wir überschritten, so daß am Ende eine Seite leer blieb! :-)

Potsdam, 21. März 2002

Der Streik bei McDonald's war erfolgreich

Bilanz des Unterstützungskomitees (komplett auf www.wildcat-www.de)

Das Unterstützungskomitee der McDo-Streikenden zog am 20. Februar Bilanz. Die CGT Commerce, die den Streik unterstützt hatte, verweigerte dem Komitee ohne Angabe von Gründen für diese Versammlung den großen Saal der Arbeitsbörse. Nach Insistieren beim Wachschatz bekam es einen kleinen Raum, so daß ein gutes Dutzend der Anwesenden die Versammlung vom Gang aus verfolgen mußte. Während des Streiks hatten sich die Gewerkschaften inhaltlich zurückgehalten und alle Entscheidungen den Streikenden und dem Unterstützungskomitee überlassen, das auf direkte Aktionen setzte. Der Staat hat auf repressives Eingreifen verzichtet, so daß die McDo-ArbeiterInnen eine originäre offene Konfliktualität entwickeln konnten.

Der Streik endete mit einem Sieg der Streikenden: die fünf Entlassenen werden wiedereingestellt, die Streiktage werden in einer Höhe von 45 Prozent bezahlt, der Geschäftsführer verpflichtet sich, keine Repressalien anzuwenden. Dieser Sieg ist vorläufig, da auf Betreiben des Geschäftsführers mehrere Verfahren und Berufungsklagen anhängig sind. »Dieser Sieg muß konsolidiert werden. ... Sie warten auf den Weggang der 'Rädelsführer' und werden alles dafür tun, das zu erreichen. ... Außerdem ist die schriftliche Verpflichtung zu keinen Repressalien absolut keine Garantie: die Repression – unter welchem Vorwand auch immer – kann von Neuem losgehen. Daher ist es wichtig, die Fähigkeit zur Mobilisierung aufrecht zu erhalten.«

»Allgemein sind Kämpfe von Prekären sehr schwer zu organisieren...«

Viele Mitglieder des Komitees wußten nicht viel über die Realität bei McDonald's, bevor sie mit den Streikenden zusammenkamen. Das Komitee profitierte von der aktiven Teilnahme von Aktivisten des Bereichs, die über diesen Typ des Kampfes genau Bescheid wußten: die Coordination CGT Restauration Rapide, die aus den Kämpfen bei McDo Saint-Germain (Dezember 2000) und Pizza Hut (Februar 2001) hervorgegangen ist. Die Arbeit des Unterstützungskomitees wird weitergehen.

Diese Bewegungen liegen derzeit in der Luft

»Das Beispiel der FNAC Champs Elysses ist in dieser Hinsicht symptomatisch: sie beginnen einen Streik und beschließen, die Eingänge des Kaufhauses zu blockieren genau in dem Moment, wo die McDo's ihren beenden. Es gibt keinen direkten ursächlichen Zusammenhang, aber eine Kontinuität und möglicherweise eine starke Ähnlichkeit in ihren Bewegungen. Auf jeden Fall liegen diese Bewegungen derzeit in der Luft. Es gibt Kontakte zwischen drei Betrieben der Champs Elysses: McDo, FNAC und Virgin. Sie könnten in gemeinsame Aktionen münden.«

(aus dem Flugblatt des Unterstützungskomitees der FNAC-Beschäftigten:)

Fnac, »Unruheherd seit 1954«

Ausbeuter.com

FNAC Donald, Kultur–Fast food

Die FNAC zählt 84 Geschäfte in Europa, Taiwan und Brasilien mit rund 10 000 Beschäftigten. 1954 von André Essel und Max Théret als Einkaufsgenossenschaft konzipiert, wurde sie ein Opfer ihres Erfolgs und hat ihre ursprünglichen Ziele aus den Augen verloren. Seit 1994 gehört sie zu Pinault-Printemps-Redoute (PPR), dem größten französischen Kaufhauskonzern mit so bekannten wie rentablen Firmen wie Pinault, Printemps, Conforama, La Redoute, Finaref (Finanzgeschäfte), Rexel, Gucci... Der Konzern gehört mit über 108 000 Beschäftigten zu den weltweit größten Kaufhausketten; 2001 setzte er 27.798,5 Mio. Euro um, die FNAC allein 3.347,4 Mio Euro – um 14,1 Prozent mehr als im Vorjahr. »Die Geschäfte in Frankreich nahmen um 8,5 Prozent zu, wobei die verlegerischen Aktivitäten einen zweistelligen Zuwachs verzeichneten. 18,8 Prozent ihres Umsatzes erzielt die FNAC im Ausland (16,2 Prozent im Jahre 2001) mit insbesondere zweistelligen Steigerungsraten in Spanien, Portugal und Brasilien« (<http://www.pprgroup.com/>).

Aber »Wachstum hat nur einen Sinn, wenn es allen zugute kommt!«

Was man aber in der **fnac** an den **Champs-Élysées** sieht, ist nicht sehr ermutigend: die 220 oft sehr jungen Angestellten arbeiten sieben Tage in der Woche, bei Öffnungszeiten von 10 Uhr bis Mitternacht, Teilzeitarbeit, einem hektischen turn over und Gehältern von durchschnittlich 1000 Euro. Sie verdienen außerdem um 200 bis 300 Euro weniger als ihre Kollegen in den anderen Pariser Filialen. Schamlose Ausbeutung der Mitarbeiter auf der teuersten Einkaufsmeile der Welt ist also das Geheimnis der traumhaften Profite und der starken Umsatzsteigerung.

»Die Beschäftigten dieses Geschäfts haben am 13. Februar 2002 einen Streik begonnen, um die gleichen Bedingungen wie die Beschäftigten in anderen **fnac**-Filialen zu kriegen, eine Lohnerhöhung um 120 Euro, Urlaubsgeld, Erschwerniszulage (sie arbeiten im Souterrain), und eine außerordentliche Zulage für die Verkäufer in der Abteilung 'Weltmusik', weil sie ein Jahr lang die Arbeit des nicht vorhandenen Chefs mitgemacht haben.«

Anstatt ernsthaft zu verhandeln, lehnte die Direktion jede Änderung ab und wandte sich an die Gerichte. Die Mißachtung der Mitarbeiter durch die Geschäftsleitung hat die Streikenden nur enger zusammengeschweißt und in ihrem Kampf bestärkt. Boykottieren wir dieses Geschäft, solange die Forderungen der Angestellten nicht erfüllt werden! Seien wir solidarisch!

Kontakt Unterstützungskomitee: Abdel Mabrouki: 06.09.53.68.08; Kontaktadresse der Streikenden: Stéphane: 06.62.28.91.57 - souchustephane@hotmail.com;

Ergänzungen zu »Hintergründe der Intifada des 21. Jahrhunderts« (Beilage Wildcat-Zirkular 62)

Die Kritik im Nachwort konzentrierte sich auf einige Leerstellen in der Darstellung der Geschichte der jüdischen Besiedlung Palästinas bis zur Gründung des Staats Israel. Die grundsätzliche Kritik, daß das »Interpretationsraster« einer in Europa entwickelten sozialdemokratischen Vorstellung entspringt, läßt sich m.E. allein aus dem Text nicht entwickeln. Das Bild eines Klassenkompromisses während des »Fordismus« behauptet die grundsätzliche Einbindung zumindest eines Teils der Klasse in den Kapitalismus über einen langen Zeitraum – vereinfacht gesagt, Konsum gegen Produktivitätssteigerung. *Aufheben* versucht zwar darzustellen, daß das, was sie als *settlement* der israelischen Arbeiter beschreiben, das Ergebnis eines permanenten Kampfs ist, und insofern gehen ihre Überlegungen in eine richtige Richtung. Aber sie arbeiten mit einer Reihe von vereinfachenden Begriffen, auch an Stellen, wo es wichtig wäre, zu differenzieren, oder zumindest zu erklären, was genau gemeint ist. So verfallen sie leider über weite Strecken in eine Begrifflichkeit, die an die antiimperialistischen Analysen der 70er Jahre erinnert. Im folgenden will ich auf einige dieser Stellen eingehen. Das sind erstmal nur grundlegende Überlegungen, aber vielleicht kann eine breitere Diskussion dazu beitragen, die vorhandenen Lücken zu schließen.

Der zentrale Punkt, auf den *Aufheben* hinweist, ist die internationale Dimension des Konflikts. Seine Schärfe ist nicht allein aus der inneren Dynamik des Staates Israel heraus zu erklären. Neu ist diese Überlegung zwar nicht; zu sehr fällt nämlich ins Auge, daß die staatlichen Strukturen in der Region ohne finanzielle Zuwendungen von außen nicht aufrecht zu erhalten wären. Das gilt sowohl für Israel als auch für die palästinensische Autonomiebehörde, das gilt aber auch für das Kosovo, Mazedonien und Afghanistan. Weitgehend in Vergessenheit geraten ist allerdings, daß die Geschichte der Vertreibung und Proletarisierung der palästinensischen Bevölkerung mit dem Aufstieg der Ölwirtschaften im Nahen Osten zusammenhängt. *Aufheben* beschreibt das als »Ölproletariat«. Bei diesem Begriff geht es nicht allein um die Arbeiter auf den Ölfeldern, sondern um die Gesamtheit der

ArbeiterInnen in den von der Ölproduktion abhängigen Gesellschaften.¹ Das für den globalen Markt Öl-produzierende Proletariat ist das, welches all die Länder wie Oman, Saudi-Arabien oder Irak am Laufen hält; Straßen oder Pipelines baut, Kranke pflegt – und eben auch mit dem ungeheuren Reichtum konfrontiert ist und »seinen« Anteil einfordert. Die Angst der Weltwirtschaft vor einem Mangel am Energieträger »Öl« liegt nicht in einem möglichen Versiegen der Ölquellen begründet, sondern in der Angst davor, daß die Gesellschaften der ölproduzierenden Länder auseinanderbrechen und die Produktion außer Kontrolle geraten könnte. Die Labilität der Gesellschaften von Kuwait bis zum Irak hat sehr viel mit ihrer extremen Abhängigkeit von der Arbeitskraft der Millionen ImmigrantInnen zu tun. Teilweise sind 80 Prozent der arbeitenden Bevölkerung *foreign workers*. Hier liegt auch der Zusammenhang mit dem israelischen Konflikt begründet; zum einen schuf die Vertreibung Hunderttausender Palästinenser 1948 das erste arabische Proletariat, das massenhaft in die Golfstaaten ging, und zum anderen brauchten die saudischen und die anderen Herrscher immer eine legitimierte Militär- und Polizeimacht, um die ImmigrantInnen in Schach halten zu können. Für die Legitimation der permanenten Konfliktstrategie bot sich seit Ende der 40er Jahre das »künstliche Gebilde« Israel an. Nicht nur das »aggressive« Israel, sondern auch die arabischen Herrscher waren und sind am Kochenlassen des palästinensischen Konflikts interessiert. Um die Hintergründe des arabischen und zionistischen Nationalismus darzustellen, wäre an dieser Stelle eine genauere Darstellung der Migration in die Golfstaaten hilfreich gewesen:

a) Welche Rolle spiel(t)en tatsächlich die Palästinenser in den Kämpfen der »Ölarbeiter«? Wie groß war ihr Anteil an der Arbeiterschaft, welche Jobs haben sie dort gemacht und welche Rolle spielten sie bei der Organisation von Kämpfen? Dazu gehört auch die Frage, welchen Sinn es macht, bspw. die Menschen, die seit fünfzig Jahren in Jordanien leben und dort aufgewachsen sind, unter dem Begriff »Palästinenser« zu fassen und zu suggerieren, sie hätten ein natürliches Interesse, wieder dorthin zurückzukehren, wo ihre Eltern und Großeltern gelebt hatten.

¹ Die Diskussion über das Ölproletariat begann Ende der 80er Jahre; wir haben sie in weiten Teilen auf Deutsch veröffentlicht. Vgl. *TheKla 14: Ölwechsel*, 1990; *TheKla 17: Arbeit, Energie, Krieg*, 1991; *Wildcat-Zirkular 6*, 1994;

b) Welche Rolle spielte die palästinensische Oberschicht bei der Ausbeutung ihrer »Landsleute«? Bei der Betonung auf die Vertreibung »der« Palästinenser durch »die« Israelis vergißt man leicht, daß sich die palästinensische Oberschicht teilweise genau daran eine goldene Nase verdient hat. Arafat ist dafür ein Beispiel; mit seiner Baufirma hat er in den 50er und 60er Jahren durch die Ausbeutung palästinensischer Arbeiter in Kuwait ein Vermögen verdient, welches er dann teilweise in den Aufbau seines nationalistischen Vereins, der Fatah gesteckt hat. Der Hintergrund der »Bourgeoisie in der Diaspora«, von der *Aufheben* spricht, ist nicht allein ihre Unabhängigkeit von den »natürlichen Ressourcen« des Landes Palästina wie dem Boden. Ihr Reichtum beruht dagegen oft gerade auf der Trennung der palästinensischen Bevölkerung vom Land.

c) Welche Auswirkungen hatten die jeweiligen israelisch/arabischen Kriege auf die Arbeiter am Golf – sowohl auf die Palästinenser, als auch die anderen arabischen Arbeiter? In bezug auf den Golfkrieg 1990/91 ist viel zu der Vertreibung von fünf bis sechs Millionen Arbeitern aus den Golfstaaten geschrieben worden; aber auch in den 70er Jahre gab es z.B. in der Folge des Yom Kippur Krieges und der folgenden Annäherung Ägyptens an Israel eine große Verschiebung innerhalb der ägyptischen Migranten in den Golfstaaten.

d) Gibt es heute noch einen Zusammenhang zwischen »Palästina« und der Situation am Golf? Gibt es noch eine nennenswerte Zahl von palästinensischen Arbeitern in Kuwait? Welche Rolle spielt die Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen Scharon und Arafat/Islamisten jetzt bei der drohenden Niederschlagung von Arbeiterkämpfen in den Staaten wie Saudi-Arabien?

Um auf die erste Frage zurückzukommen; die Diskussion um die palästinensische Emigration nach den Golfstaaten bewegt sich zwischen zwei Positionen: die eine ignoriert jeden materiellen Zusammenhang zwischen den Kämpfen am Golf und den Palästinensern, die andere Position, wie sie *Aufheben* vertritt, weist den Palästinensern quasi im Alleingang die Urheberschaft an den Erschütterungen der 70er und 80er Jahre zu. Erschöpfend kann ich die Frage nicht beantworten. Tatsache ist aber, daß unter den sieben bis acht Millionen Immigranten in den Golfstaaten in den 80er Jahren etwa 450 000 Palästinenser (davon 400 000 Jordanier) waren, die sich vor allem auf Kuwait konzentrierten. Nach dem Golfkrieg wurden sie 1991 fast alle überwiegend nach Jordanien abgeschoben und 50 000 in die be-

setzten Gebiete. Die größten Massenvertreibungen hat es aus dem Irak und aus Saudi-Arabien gegeben. Aus dem Irak wurden etwa zwei Millionen Menschen vor allem aus Ägypten und aus dem Sudan abgeschoben; aus Saudi-Arabien allein eine Million Jemeniten.

Ich denke, daß hier auch ein möglicher Grund für die bis heute relativ große Unterstützung Arafats in der Bevölkerung liegt. Er und seine Kaste sind vielleicht weniger die heroischen Kämpfer für die nationale Sache, sondern im stärkeren Maße diejenigen, die gleichzeitig das Versprechen auf eine bessere Zukunft verkörperten. Zudem ließen die anderen arabischen Länder den Menschen dort auch keine andere Wahl; mit dem Hinweis auf den »Schuldigen« Israel und den kommenden Staat Palästina wurden sie überall, ob im Libanon, Jordanien, Syrien usw. in Lager gesteckt, aus denen sie tendenziell nur mit Hilfe der nationalistischen Vereine entkommen konnten. Insofern wäre es weniger eine »Verblendung« der Menschen, die sie in die Arme ihrer nationalen Führer trieb, als vielmehr eine Falle des individuellen Überlebens.

Insgesamt ist die These von *Aufheben* dahingehend abzuschwächen, daß die politische Sprengkraft der »Palästina- Frage« bis Ende der 80er Jahre zwar teilweise schon mit den realen Kämpfen der palästinensischen »Öl-arbeiter« zusammenhing, zum großen Teil aber eher eine eben »politische« war – die permanente Krisen- und Kriegsdrohung. Diese Drohung und Durchsetzung von Kriegen hat sich dann aber praktisch nicht nur gegen die Palästinenser gerichtet, sondern gegen alle Bewegungen, die die Diktaturen am Golf bedroht haben.

Seit dem Golfkrieg hat sich das Bild noch mal verschoben. Palästinensische Arbeiter gibt es kaum noch am Golf. Überhaupt ist die Zahl arabischer Migranten in der Golfregion seit Anfang der 90er Jahre drastisch zurückgegangen. Sie sind in den »westlich orientierten« Staaten weitgehend durch asiatische ArbeiterInnen ersetzt worden. Im Irak gibt es kaum noch Immigranten. Die arabischen Ölstaaten stehen heute vor einem anderen Problem. Die Pläne einer Öl-finanzierten Industrialisierung sind weitgehend gescheitert. Zu einem guten Teil an dem Problem, daß sie über Jahrzehnte gezwungen waren, ihre politische Legitimation durch weitreichende Zugeständnisse an ihre Staatsbürger zu erkaufen. Diese Staatsbürger haben sich nun an viele Sozialleistungen, an relativ lockere Verwaltungsjobs und notfalls Armeekarrieren gewöhnt. Mit dem Rückgang der Öleinnahmen hat auch hier die »Krise« Einzug gehalten. Allerorten, von Algerien über Saudi-Arabien bis nach Kuwait wird seit den 90ern einerseits über eine stei-

gende Arbeitslosigkeit der »eigenen« Bevölkerung und andererseits über die mangelnde Bereitschaft dieser Menschen zu manueller Arbeit gejamert. Die Wut der (sehr jungen) Bevölkerung über die Folgen der Krise wird versucht, gegen die Arbeitsimmigranten zu lenken. Unter dem Schlagwort der »Omanization«, der »Saudization« oder sonst einer »-ization« wird überall die Reduzierung der Zahl der fremden Arbeiter durch Repression und eine »aktive Arbeitsmarktpolitik« gegenüber den eigenen Staatsbürgern propagiert. Neue Arbeitsplätze sollen durch Privatisierung von Staatsbetrieben und Anreize für ausländische Investoren geschaffen werden. Das wiederum sorgt für Unruhe, die sich politisch oft gegen den »Ausverkauf« des Landes an »fremdes« Kapital richtet. Von Pogromen gegen Immigranten zu schweigen (Libyen Herbst 2000). Algerien und der Irak sind in dieser Politik sicherlich am radikalsten vorgegangen; der algerische Privatisierungsprozeß und »Sozialabbau« versucht sich durch ein inszeniertes Blutbad zu verwirklichen. Der Irak hat nahezu alle Immigranten nach 1991 herausgeworfen. Mit Luftunterstützung der USA und Großbritanniens wird die ansässige Bevölkerung seit mindestens zehn Jahren durch einen permanenten inneren Krieg hin- und hergetrieben und vom Land gejagt. Nach groben Schätzungen sind eine Million Einwohner aus dem Süden in die Ölgebiete des Norden umgesiedelt worden, Kurden aus dem Norden wurden in den Zentralirak gebracht, usw.. Die Sanktionen der UN unter dem Label »Öl für Lebensmittel« bezwecken nichts anderes, als eine weitere Zurichtung der irakischen Wirtschaft auf den Ölsektor. Der Irak ist mittlerweile wieder einer der größten Ölproduzenten der Welt, während landwirtschaftliche Güter oder sogar Dünger unter das Embargo fallen. Trotzdem kam es in den letzten Jahren immer wieder zu Aufständen, so z.B. 2000 in der Gegend um Basra, als Saddam Hussein die Stadt mit Panzern und Artillerie beschießen ließ. Vielleicht muß die NATO jetzt vollenden, was dem Regime nicht gänzlich gelungen ist?²

Im Gegensatz zu den eher reichen, Arbeitskräfte »importierenden« Staaten sind Ägypten, Jemen, Jordanien und Sudan auf den »Export« von Arbeits-

² Siehe z.B. PROFILE OF INTERNAL DISPLACEMENT :IRAQ Compilation of the information available in the Global IDP Database of the Norwegian Refugee Council, 25 July, 2001, <http://www.idpproject.org> und Iraq's Policy of Ethnic Cleansing, <http://www.geocities.com/minohac/tareeb.htm>.

kräften angewiesen. Jemen und Sudan sind seit der erzwungenen Rückkehr der Arbeitsemigranten seit Anfang der 90er Jahre im Bürgerkrieg und mehr oder weniger auseinandergebrochen.³

Gegen diese Länder richtet sich unter anderem die aktuelle Kriegsdrohung der USA richtet. Die dortigen islamistischen Regimes nehmen von den USA Militärhilfe an zur Unterdrückung der noch »radikaleren« Islamisten. In Jordanien gibt es seit den 90er Jahren immer wieder Unruhen und *riots*. Ägypten kann die »fundamentalistische Gefahr« und soziale Unruhen nur durch massive Militärgewalt unter Kontrolle halten.⁴

Welche Gefahr die Unruhen unter ägyptischen Arbeitern in Kuwait auch für das ägyptische Regime darstellen, zeigte sich Ende 1999, als sich mehrere Tausend von ihnen Straßenschlachten mit der kuwaitischen Polizei lieferten. Daraufhin kam es zu »ernsten Verstimmungen« zwischen den Regierungen über die Frage der Behandlung der »Gastarbeiter«.⁵

Die palästinensischen Autonomiegebiete waren ähnlich wie z.B. der Jemen nicht in der Lage, die ausbleibenden Überweisungen der Emigranten aufzufangen. Die Hoffnung der Herrschenden war sicherlich, die neue Armut in den Zwang zur Billigarbeit in neuen Industrieparks umzuwandeln. Mit diesem Vorhaben sind sie gescheitert.

Damit zum letzten Teil, der Entwicklung innerhalb der Autonomiegebiete und der These von *Aufheben*, die Intifada sei für dieses Scheitern verantwortlich. Für eine politische Kritik des Nationalismus führen zum einen die von ihnen verwendeten Begriffe und Unterscheidungen zwischen den verschiedenen nationalen Kapitalfraktionen und -gruppen nicht wirklich weiter. Zum anderen drängt sich allein angesichts der bloßen statistischen Zahlen die Frage auf, ob sie nicht ein wenig der Propaganda und den Wunschträumen der kapitalistischen Strategen aufgesessen sind. Im Sommer 2000, unmittelbar vor Ausbruch der Intifada, haben gerade mal 4000 Menschen in den neugeschaffenen Industriezonen gearbeitet. Der Grund, daß diese Pro-

³ <http://uts.cc.utexas.edu/~lbjpa/works/lyon.htm>; The Labor Element in Yemeni-Saudi Relations: A Lasting Consequence of the Gulf War.

⁴ Siehe bspw. Asia- Times, 13.2.02, Egyptian labor reforms fuel militancy - <http://news.bbc.co.uk>, 5 March, 2000, Egypt traffic death sparks riot.

⁵ Siehe bspw. mehrere Artikel in der Wochenzeitung Al Ahram vom November 1999, <http://www.ahram.org> und Artikel in der FR und der NZZ.

jekte scheiterten, lag nach Überzeugung von palästinensischen Ökonomen, Weltbank und ILO in der mangelnden Bereitschaft der meisten Arbeiter, dort Arbeit zu suchen. Die palästinensische Autonomiebehörde sah ihre mögliche »Marktlücke« in einer billigen Weltmarktproduktion von Textilien und Schuhen. Nur mußten sie zweierlei feststellen: Angesichts der relativ hohen durchschnittlichen Qualifikation der Arbeiterschaft ist die Bereitschaft relativ gering, an die Nähmaschine zu gehen. Zum anderen bot bislang der Arbeitsmarkt in Israel und in den Siedlungen einen wesentlich höheren Lohn, als in der »nationalen« palästinensischen Produktion. Nach Berechnungen der Behörde war der Lohn selbst in den Siedlungen fast doppelt so hoch wie der in der Textilindustrie. Angesichts dieses Dilemmas kam im Juni 2001 eine Studie im Auftrag der Weltbank zu dem Schluß, daß nur die völlige Abschottung des israelischen vom palästinensischen Arbeitsmarktes die palästinensische Wirtschaft retten könne.⁶

Genau das ist auch die Position, wo sich Arafat und Sharon treffen. Ein Massaker an den Menschen dort, um den palästinensischen Staat zu retten. Sicherlich lag dem Ausbruch des Aufstands eine zunehmende Wut über die Korruption und das Scheitern der Versprechungen der Herrschaften zugrunde. Daß der Traum von den (für einige wenige zumindest) »blühenden Landschaften« so schnell ausgeträumt war, hat aber auch mit der Weigerung der Menschen dort zu tun, die vom »Weltmarkt« diktierten Bedingungen zu akzeptieren. Die schnelle Militarisierung der Revolte durch die Milizen, die Islamisten und die israelische Regierung dient dagegen dem Ziel, diese Revolte wieder unter Kontrolle zu bekommen.

Zu der von *Aufheben* gestellten Frage, warum es im großen und ganzen zu keinem praktischen Zusammenkommen der palästinensischen und der israelischen Arbeiterklasse kam und kommt, hat die palästinensische Soziologin Laila Farsakh eine recht einleuchtende Erklärung: Der seit der Besetzung sowohl nach Sektoren, als auch nach Regionen höchst segmentierte Arbeitsmarkt verhindere weitgehend gemeinsame Erfahrungen und Kämpfe auf der Arbeit. Wie soll es unter diesen Bedingungen zu praktischer Solidarität kommen?

M., Hamburg

⁶ Ruppert Bulmer, Elizabeth: The impact of future labor policy options on the Palestinian labor market, Juni 2001.

Farsakh, L. 1998, Palestinian Employment Israel 1967-1997: A Review,
Ramallah: MAS Palestine Economic Policy Research Institute

Zwischen 1975 und 1990 absorbierte der israelische Arbeitsmarkt 25-40% der palästinensischen Arbeitskräfte; ihr Einkommen machte ca. 25% des BIP der P- Gebiete aus. Nach dem Osloabkommen fiel die Zahl der palästinensischen Arbeiter in Israel von 120 000 in 1992 auf 36 000 in 1996. Gleichzeitig stieg die Arbeitslosenquote auf 21,5%.

In der Geschichte der palästinensischen Arbeitsmigration nach Israel macht Farsakh fünf Phasen aus, die durch tiefe strukturelle und quantitative Brüche gekennzeichnet waren:

1968-1973:

Öffnung des israelischen Arbeitsmarkts für Palästinenser und Wachstum der israelischen Wirtschaft. 60 000 Palästinenser arbeiten in Israel, d.h. 30% der Arbeitskräfte Palästinas.

1974-1980:

Rezession in Israel und steigender Bedarf an Arbeitskräften aus den Ölstaaten. Diese kommen überwiegend aus der Westbank. Dementsprechend ersetzen Arbeiter aus dem Gazastreifen die, die vorher aus der Westbank nach Israel gegangen waren. 35-40% der Arbeiterschaft des Gazastreifens arbeiten in Israel und 20-25% der Arbeiter aus der Westbank.

1980-1987:

Der Bedarf an palästinensischen Ölarbeitern fällt, so steigt wieder die Abhängigkeit von Israel. Volle Integration der palästinensischen Wirtschaft in die israelische. Die Löhne für palästinensische Arbeiter in Israel und in Palästina gleichen sich an.

1988-1992:

Beginn der Intifada. Arbeiter aus Gaza werden durch welche aus der Westbank ersetzt. Größte Abhängigkeit von Israel 1992, als mehr als 120 000 Palästinenser in Israel arbeiten.

1993-heute:

Das Osloabkommen markiert den Beginn der Abschottung des israelischen Arbeitsmarkts für Palästinenser. 1996 sind noch 36 000 Arbeiter in Israel beschäftigt; 1997 kommt es noch mal zu einem Anstieg auf etwa 70 000. Die Beschränkungen, Grenzkontrollen, etc. werden in Gaza wesentlich härter durchgezogen. Ab 1993 Einfuhr von ausländischen Arbeitern nach Israel. Deren Zahl soll im Jahr 1997 250 000 betragen.

Änderungen im Alter und Ausbildungsstand der palästinensischen Wanderarbeiter:

Bis 1985 arbeiteten vor allem junge (zwischen 15 und 24 Jahre alte) und unqualifizierte Arbeiter in Israel. Nach 1993 stieg das Alter der in Israel beschäftigten palästinensischen Arbeiter und deren Qualifikation. Farsakh erklärt diesen Wechsel allerdings weniger durch die Immigration der Rumänen und Thailänder, vielmehr mit einem strukturellen Wandel der israelischen Wirtschaft. Die foreigners und die Palästinenser würden in unterschiedlichen Regionen und »Subsektoren« eingesetzt werden.

»Leben« in Dheisheh (Bethlehem)

Auf die Flüchtlingslager in Westbank und Gazastreifen gab es in den letzten zwei Wochen massivste Angriffe. »Die Armee rückte in Palästinensergebiete vor«, lautet die offizielle Beschreibung für diese Aktionen. Wie das aussieht, wenn »die Armee vorrückt« möchte ich am Beispiel des Flüchtlingslagers Dheisheh genauer zeigen.

In Dheisheh befindet sich auch Ibdäa, ein selbstorganisiertes Kulturzentrum für Kinder und Jugendlichen. Das Ziel des Projektes ist es, einen Rahmen zu bieten, in dem Kinder und Jugendliche ihre Traumatisierung verarbeiten und sich selbst jenseits von Gewalt und Armut entdecken können. Wesentliche Eckpunkte des Projekts sind Basisdemokratie, Geschlechtergleichheit und internationaler Austausch.

Die hier zitierten Berichte sind stark gekürzt und bearbeitet. Sie sind größtenteils im Internet nachlesbar, z.B. auf www.alternativenews.org, www.oznik.com, www.gush-shalom.org.

9. März

»Israelische Panzer, begleitet von Bulldozern haben das Flüchtlingslager Dheisheh vollständig umzingelt und es wurde eine absolute Ausgangssperre verhängt - nicht daß sich die Leute vorher nach draussen gewagt hätten. Aus dem nahegelegenen Flüchtlingslager Aida wurde gemeldet, daß israelische Scharfschützen auf alles schießen, das sich bewegt, deswegen haben die Leute in Dheisheh ihre Häuser seit Freitag nicht verlassen. Gerade jetzt haben israelische Truppen Dheisheh eingenommen und verschiedenen Häuser als Vorposten übernommen. Israelische Scharfschützen sind auf den Dächern. Das Haus der Familie, dessen Sohn den Selbstmordanschlag in Jerusalem letztes Wochenende ausgeführt hatte, wurde mit Bulldozern plattgewalzt.

Der Vater eines Freundes, ein Angestellter der UNRWA, starb heute in Dheisheh eines natürlichen Todes. Die israelischen Truppen verweigerten der Familie die Erlaubnis ihn zu begraben, so daß die Familie ihn im Haus begraben musste - das ist das erste Mal, daß so etwas im Lager geschieht. Das nächstgelegene Krankenhaus wurde von Soldaten und Panzer gestern

umzingelt und kann nicht erreicht werden, der Direktor dieses Krankenhauses wurde gestern erschossen.

Zusätzlich zu der Belagerung des al-Yamama-Krankenhauses haben die israelischen Truppen auch die Strasse von Dheisheh nach Bethlehem aufgedigrahen, so daß Krankenwagen das Lager nicht erreichen können und kein Verletzter ins Krankenhaus gebracht werden kann.«

10.März

»Ich habe gerade mit einem Freund aus Beit Sahour [Stadtteil von Bethlehem] gesprochen, der mir erzählt hat, daß die Israelis in das neue Zentrum von Ibdaa im Dheisheh Flüchtlingslager eingebrochen sind und ihre Scharfschützen auf dem Dach des Zentrums positioniert haben, da sie dadurch eine Überblick über das ganze Lager haben. Das Zentrum haben die Leute aus Dheisheh in harter Arbeit aufgebaut, nachdem ihr erstes Zentrum inklusive den Computern und der Bücherei darin absichtlich niedergebrannt worden war. Wie oft sollen die Leute sich aufrappeln und wieder aufbauen??? Die Zentrum wird für die Kinder genutzt, für die Tanzgruppe, das Computer- und Internetzentrum, das Restaurant, als Gästehaus für internationale BesucherInnen und Freiwillige. Es repräsentiert ihren Stolz und nun ist die israelische Armee dort eingebrochen und niemand weiss, in welchem Zustand sie es verlassen werden.«

11.März

»Am Freitag, den 10. März, sprengte das israelische Militär vier Häuser im Lager. Alle vier Häuser gehören Familien, die in der Intifada Söhne verloren haben. Eine andere Familie wurde unterrichtet, daß ihr Haus heute gesprengt werden wird. Die extreme Dichte der Häuser – viel Häuser teilen sich eine Wand mit den Nachbarn – bedeutet, daß die Zerstörung eines Hauses weitreichende Schäden an den benachbarten Häusern hervorruft.

Um ca. 6 Uhr 30 heute morgen forderten die israelische Truppen alle männlichen Bewohner Dheishehs im Alter zwischen 14 und 50 Jahren auf, sich zu versammeln. 600 Jungen und Männer wurden verhaftet, die meisten Männer im fraglichen Alter halten sich seit Donnerstag ausserhalb des Lagers auf. Den verhafteten Männern wurden die Augen verbunden und die Hände gefesselt. Die Soldaten bespucken die Männer und schlagen sie.« Die überwiegende Mehrheit der Verhafteten wurde nach 20 Stunden, nach der Durchsuchung aller Häuser und Verhören freigelassen.

13.März

»Der fünfte Tag der dritten Invasion unserer Stadt ist zu Ende. Nach der Erniedrigung, die Männer zwischen 14 und 50 Jahren gestern erleben mussten, wurde das Flüchtlingslager Dheisheh völlig zerstört zurückgelassen. Die Häuser von Dutzenden Familien, Straßen, die ganze Infrastruktur des Lagers ist durch israelische Panzer und Bulldozer zerstört. Während alle Männer versammelt wurden, um sie festzunehmen, wurden hunderte von Häusern durchsucht und entweder beschädigt oder total zerstört zurückgelassen. Kinder und Frauen sind terrorisiert und verängstigt, als sie ihre Väter, Verwandten und Nachbarn so brutal behandelt sahen. Viel unserer Freunde aus dem Kinderzentrum Ibdaa wurde ebenfalls verhaftet. Dheisheh ist bis jetzt von israelischen Panzern umzingelt.

Meine Cousine Mervat, die im Flüchtlingslager Aida lebt, saß mit ihren fünf Töchtern unter dem Treppenaufgang ihres Hauses. Mervat war die letzten fünf Tage allein mit ihren Töchtern und ihrer Schwiegermutter, die eine gebrochene Hüfte hat, weil ihr Ehemann Munther am Tag des Einmarsches nach Bethlehem nicht von der Arbeit nach Hause kommen konnte. Munther und Mervat sind in den letzten fünf Tagen durch die Hölle gegangen, weil die Panzer nicht aufhörten das Lager oder die umliegenden Teile von Beit Jala zu beschießen. Stell dir fünf Mädchen im Alter von neun Jahren bis einem Monat vor, die diesen Alptraum und Terror erleben müssen.(...)

Letzte Nacht sind innerhalb einer halben Stunde 20 PalästinenserInnen im Flüchtlingslager Jabalia getötet worden. Kannst du dir vorstellen, wie wertlos menschliches Leben wird. In diesen Tagen ist ein Menschenleben für die Israelis überhaupt nichts wert.«

Die schlimmsten Aktionen im Lager scheinen momentan vorbei zu sein, doch Dheisheh ist nach wie vor von Panzern umzingelt, einige Gebäude bleiben militärisch besetzt. Pressemeldungen zufolge soll bald ein weitere große Durchsuchung stattfinden. Die Ausgangssperre besteht weiterhin, während ich dies schreibe bereits den 9. Tag. Ibdaa's Räumlichkeiten sind während der Militäraktion stark beschädigt worden, das Computerzentrum, der Kindergarten, das Gästehaus und die Kinderbücherei sind weitgehend zerstört. Jegliche Hilfe für den Wiederaufbau des Zentrums ist willkommen.

U., Freiburg

Skandal aufgedeckt: Arbeitsämter schummeln bei der Statistik!!!

Die Arbeitsämter frisieren ihre Vermittlungszahlen. Das haben alle gewußt und die meisten auch gewollt. Nun wird es uns als Debatte über Bürokratie, Schwerfälligkeit und Ineffektivität der Arbeitsverwaltung präsentiert. Natürlich behauptet niemand, daß »echte« Zahlen etwas an der Massenarbeitslosigkeit ändern würden. Der »Skandal« besteht darin, daß das Amt Aktivität vorgetäuscht hat, um seine eigenen Arbeitsplätze zu retten. Wenn man sieht, wie schnell nun Gesetze verabschiedet werden, für die es jahrelang keine Konsens-Lösung gab, könnte die SPD den Skandal auch selbst lanciert haben, um endlich durchgreifende Maßnahmen in Angriff nehmen zu können. Der Versuch mit der »Faulenzer«-Kampagne im letzten Jahr hatte wahre Verteidigungskampagnen des Müßiggangs ausgelöst (»Glückliche Arbeitslose«). Diesmal hat man sich die faulen Beamten ausgesucht: die eignen sich noch immer am besten als Prügelknaben für jede Propaganda, die **allen** verklickern will, daß sie mehr arbeiten müssen.

Die Zahl der Arbeitslosen, ist eine politische: immer neue Kategorien wu/erden erfunden, um Leute rauszurechnen: wer in einer Maßnahme ist, vor der Rente steht, eine Weiterbildung macht, arbeitslos ist, sich aber nicht mehr meldet ... Die Zahlen werden geschoben, um ein »Problem« abzugrenzen und passende Gesetze zu präsentieren.

Arbeitsämter waren/sind nicht zur Vermittlung von Arbeit da. Wer mit ihnen zu tun hatte, konnte sich allerdings von der zunehmenden Effektivität ihrer Abteilungen *Sperrzeitenvergabe* und *Aufdeckung von Leistungsmissbrauch* (= Schwarzarbeit) überzeugen. Auf diese Weise haben sie es geschafft, Arbeitslose in neue Jobs *rein* oder auf andere Weise aus dem Bezug staatlicher Leistungen *raus* zu drücken. Das reicht offenbar nicht mehr.

Die Kampagne richtet sich auch gegen die 90 000 Beschäftigten der Arbeitsverwaltung. Ihnen soll die »entsprechende Kultur, um die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten auch tatsächlich umzusetzen« (Arbeitgebervertreter in der BA Kannengießer) beigegeben werden: private Vermittler als Konkurrenz, Gehälter und Aufstiegschancen an Leistung gebunden – das ist die Bedrohung, damit sie den Druck an die Arbeitslosen weitergeben.

Für die Industrie funktioniert das Arbeitsamt seit langem miserabel: undurchschaubare Umschulungsstrategien haben Weiterbildungsfirmen reich gemacht und dort eine Menge prekärer Honorartätigkeiten geschaffen, während Betriebe händeringend Fachkräfte suchen – für deren Ausbildung sie allerdings keinen Pfennig ausgeben wollen.

Es geht nicht um *mehr* oder *weniger* Arbeitsplätze, sondern um die Bedingungen, unter denen das Kapital Arbeitskraft einkauft -dieser Einkauf soll billiger und risikoloser werden. Löhne *und* staatliche Transferleistungen an Arbeitslose sollen gesenkt, der berühmte »Lohnabstand« zwischen einem schlecht bezahlten Hilfsarbeiter und seinem arbeitslosen Kollegen (auf niedrigem Niveau) hergestellt werden. Das geht nicht mit einer bürokratisierten Arbeitsverwaltung und v.a. nicht mit einem Anrecht auf (theoretisch) lebenslange Arbeitslosenhilfe, die an die Höhe des letzten Lohns gebunden ist.

Deshalb soll jetzt auch endlich Arbeitslosen- und Sozialhilfe auf dem Niveau von Sozialhilfe zusammengelegt werden – das hatte bereits nach Regierungsantritt 1998 der damalige Finanzminister Lafontaine (heute prominentes attac-Mitglied) in einer Rede vor verblüfften Gewerkschaftern angekündigt. Das ist dann nach Ökosteuer, Rentenreform und selbst finanzierter Zusatzrente die nächste Stufe des geplanten Sozialstaatsumbaus, den die rotgrüne Regierung damit wesentlich effektiver als ihre christdemokratischen Vorgängerinnen angepackt hat.

Überraschend schnell haben sich führende SPD-Politiker auf die neue Untergrenze von 6 Euro pro Stunde geeinigt, zu der noch Arbeit vermittelt werden soll; was drunter liegt, ist »Ausbeutung«. Das ist etwa die Lohnhöhe in den neuen Tarifverträgen für Sklavenhändler.

Entscheidend bei diesem neuen Austarieren der Ausbeutungsbedingungen ist, ob in den Betrieben tatsächlich neue Bedingungen für Arbeit und Löhne durchgesetzt werden können, denn davon hängt ab, was den Arbeitslosen zugemutet werden kann.

Und in Wahlkampfzeiten ist natürlich Vorsicht geboten: wer an der Arbeitsverwaltung rüttelt, hat bald noch höhere Arbeitslosenzahlen in den Statistiken – und das will doch nun wirklich keiner der Reformer! Also Finger weg von den ABM im Osten!

Lesehinweis: In der Broschüre »Dole Autonomy« (Beilage zum Zirkular 48/49) zeigt die Gruppe »Aufheben« praktische Möglichkeiten gemeinsamer Kämpfe von Sozialamtsbeschäftigten und Sozialhilfebeziehern auf.

Linke zwischen Nebelkerzen

Wer zur Zeit die Debatten der Linksradiكالen in Deutschland verfolgt, kann nur einen Schluß ziehen: sich auf keinen Fall an ihnen zu beteiligen! Die emotionale Aufladung, das zwanghafte Bedürfnis nach moralischer Positionierung und das staatsmännische Fachsimpeln darüber, welche Gruppe von Menschen als nächstes mit Bombardements massakriert werden soll, lassen keinen Raum für den Bezug auf die Realität oder die Frage nach der Revolutionierung der Verhältnisse. Der Teil der Linken, der in den 90er Jahren mit dem Anspruch aufgetreten ist, die radikalste Kritik am Kapitalismus darzustellen, die Strömung der »Wertkritik« und ihre antideutsche Variante, flieht vor der Widersprüchlichkeit der Wirklichkeit in immer dünnere Abstraktionen. Der ominöse »Wert« oder der überall ausmachbare Antisemitismus dienen als bloße Etiketten, die auf die Erscheinungen geklebt werden, um mit ihnen fertig zu sein. Dies funktioniert aufgrund des Vorurteils, als radikaler Linksintellektueller immer schon über den gesellschaftlichen Verhältnissen zu stehen.

Es geht hier nicht um das berühmte »Theorie-Praxis-Verhältnis«, also die Frage, wie einer besonderen politischen Theorie eine besondere politischen Praxis entspricht. Es geht darum, wie kritische Gedanken über die Welt mit der realen Lebenswelt der KritikerInnen zusammenhängen, d.h. wie Theorie selber immer auch ein praktisches Verhältnis ist. Die Unfähigkeit der linksradikalen Debatte zum Wirklichkeitsbezug hat viel damit zu tun, daß sie ihre eigene soziale Wirklichkeit nicht durchschaut, sondern gezielt ausblendet. Als KritikerInnen der Gesellschaft stehen wir nicht außerhalb von ihr, können uns nicht einfach von ihren Einflüssen freimachen. Wenn der soziale Ort und die gesellschaftliche Form der Kritik nicht in die Kritik miteinbezogen werden, rächt sich das in schlechter und letztlich unkritischer Theorie. Da geht es der linksintellektuellen Debatte nicht anders als den bürgerlichen Einzelwissenschaften, die ihren besonderen gesellschaftlichen Ort als abgetrennte Institution als gegeben hinnehmen und daher nicht merken können, wie ihre Inhalte schon dadurch (vor)bestimmt sind und nur zur Legitimation und Aufrechterhaltung der Verhältnisse taugen können.

So weiß die linksradikale Debatte nicht, was ihr durch den 11.9. und Bushs »Kreuzzug gegen den Terror« angetan wird und wie sie in ihrem

Streit um »Zivilisation« und »Barbarei« nur den Rauch der ideologischen Nebelkerzen ein- und ausatmet, die um den 11.9. herum überall angezündet wurden. In historischen Umbruchphasen wie 1989/90 oder der aktuell betriebenen globalen Polarisierung kommt es zwangsläufig zu Neu-Positionierungen innerhalb der Linken. Diese betreffen nicht nur die artikulierten Positionen, sondern auch die Weltbilder im Hinterkopf und den sozialen Charakter der eigenen Politik. Die Art, wie heute in spezifisch deutscher Weise über Krieg, Kapitalismus und gesellschaftliche Veränderung debattiert wird, ist Ausdruck des Verständnisses von radikaler Kritik und Politik, wie es sich in den 90er Jahren etabliert hatte. In dem aktuellen Umbruch liegt jedoch die Chance, die deutschen Bornierungen der 90er Jahre zu durchbrechen. Dazu müssen sie bewußt gemacht und verstanden werden; sonst bleibt es beim Austausch der Etiketten der Kritik – Antiimperialismus statt Antideutschtum usw. (siehe die Anmerkungen zum *konkret*-Kongreß) – ohne die vertrauten Weltbilder und den sozialen Charakter der Kritik zu überwinden.

Politik in der Spaßgesellschaft

Als linke Gruppen die Öffentlichkeit im Wiedervereinigungstaumel mit der Parole »Bomber Harris – Do It Again!« provozierten, wurde das von vielen aufgegriffen. Als die Zeitschrift *bahamas* kurz nach dem 11.9.2001 zur möglichst massiven Bombardierung Afghanistans und anderer »islamistischen Zentren« aufforderte, wandten sich selbst gestandene Antideutsche wie *konkret*-Autoren oder *café morgenland* gegen diese Kriegshetze.

Was war passiert? Wieso bekamen Leute, die leichthin die erneute Bombardierung Dresden gefordert hatten, auf einmal Skrupel mit Bombardements und setzten sich dem Verdacht aus »antiamerikanisch« zu sein? Die Attraktivität oder Akzeptanz der Bomber-Harris-Parole beruhte auf drei Essentials linksradikaler Politik nach 1989, die heute in die Krise geraten:

- die Betrachtung aller Erscheinungen von einem speziell deutschen Standpunkt aus (und generell das Denken in Kategorien nationaler, völkischer oder ethnischer Identitäten),
- die Trennung zwischen politischer Parole und Lebenspraxis und damit verbunden die Umwandlung von theoretischer Kritik in moralische Haltung
- die Ersetzung von Gesellschaftskritik durch moralische Anthropologie (»wir sind die Guten«, also die anderen »die Bösen«) oder eine Anthro-

logie der puren Funktionspartikel eines geschlossenen Systems (»Warenmonaden«, »Arbeitskraftbehälter«).

Wertkritik und Antideutschtum konnte in den 90er Jahren erfolgreich sein, weil sie den begrenzten Möglichkeiten politischer Aktivität und der Selbstwahrnehmung der radikalen Linken im nationalistischen Taumel und im Wegbrechen der Kalten-Kriegs-Schemata entsprachen. Die »Bomber-Harris-Parole« brachte die Verschiebungen in den linken Befindlichkeiten ab 89/90 auf den Punkt:

* Die Bombardierung Dresdens wurde als *rein deutsche Angelegenheit* behandelt – was weder für die bombardierten Menschen zutrifft, noch für die Funktion des *area bombings* als Weiterentwicklung kapitalistischer Kriegsführung, wodurch diese Bombardements zugleich Instrument waren, Einfluß auf die Nachkriegsordnung der Welt zu nehmen.

* Zweitens wurde sie nur *moralisch* interpretiert: als Bestrafung der deutschen »Volksgemeinschaft«. Die bloße Frage oder historische Analyse, warum die Bombardierung zu diesem Zeitpunkt erfolgte, wurde damit verdächtig und in die rechte Ecke gestellt. Moralische Verurteilung wurde dem Versuch historischer Erklärung entgegengestellt, in der es über die Empörung hinaus um die Frage geht, wie Verhältnisse überwunden werden können, die Judenmord und Weltkrieg möglich machen.

* Der Ausdruck »Kritik« wurde seitdem mit »Denunziation«, »Anklage«, »Polemik« gleichgesetzt – dem Versuch, die beschissenen Verhältnisse als widersprüchliche und geschichtliche zu begreifen, wird vorgeworfen, entschuldigen und rechtfertigen zu wollen. Das kennzeichnet auch den innerlinken Diskurs: der Schlagabtausch erschöpft sich in moralischen Vorwürfen. Kennzeichnungen wie »rassistisch«, »antisemitisch« oder »anti-amerikanisch« genügen, um mit Aussagen oder Realitäten fertig zu sein, die nicht ins eigene Weltbild passen und nicht p.c. sind. Nicht bei der Wut und Empörung stehen zu bleiben, sondern nach den Voraussetzungen für die Umwälzung in den Verhältnissen zu Fragen, kommt in diesem Weltbild nicht vor – konsequenterweise wird »Kritik« auch theoretisch als Nachweis der Unmöglichkeit von Revolution und Veränderung entwickelt.

* Diese Ersetzung von Gesellschaftskritik durch Moral bringt es mit sich, Verhältnisse nur *anthropologisch* oder *psychologisch* fassen zu können: es ist das Schlechte in »den Deutschen« (gemeint sind »die Menschen«, da der

provinzielle deutsche Blick ohnehin nichts anders mehr sieht, es sei denn man entdeckt »den Deutschen« als die »wahre Seele« auch »der Araber« usw.), das in der Geschichte wirkt; oder die psychologische »Verhaus-schweinung der Arbeiterklasse« (Lieblingswort von Robert Kurz), aus der die kapitalistische Entwicklung erklärt wird, der folgerichtig eigentlich nur mit Massentherapie beizukommen ist.

* Was diesen gedanklich-ideellen Verschiebungen bei den Linksradi-kalen materiell zugrundeliegt, ist die akzeptierte *Unmöglichkeit von Praxis* und Gesellschaftsveränderung. Nach 1989/90 hat diese Linke ihre eigene Variante vom »Ende der Geschichte« (die Parole stammte vom Chefideologen des US-State-Departments Francis Fukuyama) durchbuchstabiert und daraus diese merkwürdige Melange aus Verzweiflung, Zynismus und Verachtung für die wirklichen Menschen gemacht. Im nationalistischen Taumel der »Wiedervereinigung« konnte einem tatsächlich Hören und Sehen vergehen – die Ohnmacht der Linken lag darin, lediglich negatives Spiegelbild dieser borniert deutschen Verhältnisse zu bleiben.

Die Bomber-Harris-Parole drückt diese akzeptierte und kultivierte Ohn-macht darin aus, daß sie nicht als Aufforderung ans eigene Leben und Handeln verstanden wurde. Niemand zog los, um wahllos »Deutsche« um-zulegen; es gab keine Übertritte in die RAF (Royal Air Force), um das Geforderte wahr zu machen. Sie war eine Provokation in der Art der Spaß-gesellschaft, wo nur der verbale Kick, der witzigste symbolische Ersatz für eigene Praxis zählt. In dem Maße, wie die praktische Ohnmacht kultiviert und theoretisiert wurde, mußte die eigene alltägliche soziale Praxis, die nun mal jedes körperlich-seelische Wesen hat, ausgeblendet und ignoriert werden. Radikale Kaptialismuskritik und das eigene gesellschaftliche Handeln fallen damit völlig auseinander, schlimmer noch: Theorie wird zur Immuni-sierung gegen die Wahrnehmung und kritische Reflexion des eigenen Han-delns. Damit braucht nicht mehr problematisiert zu werden, wie die sehr wohl vorhandene Praxis der radikalen Kapitalismuskritik all die Formen und Verhältnisse der Ware, der Konkurrenz und der Herrschaft in ihrer kleinen Welt reproduziert, die dem Kapitalismus vorgeworfen werden.

Kapitalismuskritik als Geschäft und Priesterkult

Kritik des Kapitalismus drückte sich einmal alltagspraktisch darin aus, daß den entfremdeten Beziehungen von Ware, Geld und Konkurrenz in den eigenen Zusammenhängen entgegengewirkt wurde: teure Bücher wurden

raubgedruckt, eigene Publikationen jenseits der kapitalistischen Vertriebskanäle verbreitet, der Konkurrenz und den Eitelkeiten der bürgerlichen Individuen die gemeinsame Erarbeitung und Verfassung von Texten entgegengesetzt. Dieses Verhalten beruhte nicht auf moralischen Entscheidungen, sondern war an die Existenz von Bewegungen und Kämpfen, besetzten Häusern, eigenen Zentren, kollektiv betriebenen Druckereien oder Buchläden usw. gebunden war. Der Wegfall dieser Bedingungen läßt sich daher auch nicht moralisch bewerten oder anklagen.

Der Fehler lag und liegt darin, daß diese Veränderungen nicht thematisiert und als Problem diskutiert werden. Ganz im Stil der kapitalistischen Normalität haben sich diese Entwicklungen scheinbar »hinter dem Rücken der Beteiligten« vollzogen. Solche Unbewußtheit über das eigene praktische Tun rächt sich zwangsläufig auch in der Theorie – in dem Maße, wie sie blind gegen ihre Abgetrenntheit von der gesellschaftlichen Praxis wird, schreibt sie sich einen Status zu, den sie nicht hat: sie betreibt einen Kult um ihre aufklärerische Wirkung. Obwohl Wertkritiker und Antideutsche die »postmoderne Quasselmaschine« (Bruhn, *isf*) verachten, haben gerade sie dafür gesorgt, Kapitalismuskritik in einen reinen *Diskurs* zu verwandeln: im Weltbild der Zusammenbruchphilosophie von *krisis* wird alles irgendwie »Alternative« – Landkommunen, Linux-Programmieren oder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich – zu systemüberwindendem Handeln, sofern nur genügend wertkritisch *darüber geredet* wird; den antideutschen Varianten der Wertkritik (*bahamas, isf*, und als purer Jargon in der *jungle world*) ist Praxis per se verdächtig; ihre eigene Praxis wird zum Diskurs des »Praxisverbots«, soll reine »Ideologiekritik« sein – was diese Kritiker nicht daran hindert, staatlicher Real- und Militärpolitik Beifall zu zollen. Der bis zur Bewußtlosigkeit wiederholte Spruch Adornos »es gibt kein richtiges Leben im falschen« (Minima Moralia S.42) wird zur Rechtfertigung der Beliebigkeit des Handelns und der praktischen Bedeutungslosigkeit von Kritik verballhornt. Die theoretischen Paradoxien dieser Strömungen lassen sich nur als Ausdruck der Kritik- und Begriffslosigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Formen ihres eigenen Tuns verstehen.

– Politik als Geschäft: Es ist normal geworden, mit »politischer Tätigkeit« sein Geld zu verdienen; die eigene Reproduktion und die politische Praxis in eins zu setzen. Mit aller Selbstverständlichkeit gilt das Schreiben linker Artikel oder Bücher, das Verlegen oder Verkaufen solcher Bücher, das Auftreten als Redner auf linken Veranstaltungen oder in den Medien als

Einkommensquelle. Wieweit sich damit die Kritik den marktgängigen Bedürfnissen und dem Zwang, sich darüber zu reproduzieren, unterwirft (ganz unabhängig davon, wie lukrativ oder ärmlich diese Reproduktion ist), bleibt ausgeblendet. Soziale Verhaltensweisen, die sich dieser Verwandlung von Kritik an der Ware in eine Ware entgegensetzen, wie das Raubdrucken oder Klauen von Büchern, werden moralisch ausgegrenzt, da sie zwangsläufig die Reproduktion eines anderen Teils der Linken bedrohen würden.

– Ebenso normal ist es geworden, für Diskussionsveranstaltungen Eintritt zu nehmen, da die geladenen Referenten ihre Reproduktion daraus bestreiten. Auf diese Weise werden die Orte der kollektiven Debatte kommerzialisiert und es entwickelt sich eine Hierarchie zwischen »gefragten Referenten« und »Zuhörern«. Das inhaltliche Gefälle zwischen »Experten« und »Aufzuklärenden« überlagert sich mit dem Gefälle zwischen denen, die von ihrer Klugheit oder Redekunst leben können, und dem Fußvolk, das auf andere Weise seine Brötchen verdienen muß. Dies gilt nicht für alle Zusammenhänge, aber es fällt auf, wie unhinterfragt und unwidersprochen es in der linken Szene hingenommen wurde und wird.

– Die Entfremdung in der politischen Debatte betrifft den sozialen Ort aller Beteiligten. Es ist gleichgültig geworden, wie wir uns reproduzieren, wir wir uns selber in die gesellschaftlichen Hierarchien von Ausbeutung und Lohnarbeit, Krisengewinnlern und -verlierern oder staatlichen Institutionen einordnen. Die theoretische Ausblendung des Klassenverhältnisses bekommt zugleich die praktische Funktion, im Umgang miteinander und in den Vorstellungen von Kollektivität von diesen Verhältnissen zu abstrahieren. So kann sich Robert Kurz das aufgeklärte VW-Management als ebensoguten Bündnispartner vorstellen, wie jeden beliebigen Malocher. Die Übernahme von Staats- und Herrschaftsfunktionen als linker Lehrer oder Sozialarbeiter ist genausowenig Thema, wie die Frage, ob wir unsere Beziehungen untereinander über Geld und »gerechten Tausch« regeln.

– In den 60er und 70er Jahren wurde im damals noch großbürgerlich geprägten studentischen Milieu die Frage nach dem eigenen Ort in der Klassengesellschaft als »Klassenverrat« thematisiert. Die K-Gruppen haben daraus dann ihren dümmlichen Prolet-Kult gezimmert, von dem sich die Wertkritiker und Antideutschen, die diesem Milieu entstammen, heute absetzen. Die längst verschwundene ML-Kultur wird von ihnen heute ständig als Strohmann zum Eindreschen herbeizitiert, weil damit zugleich das

Richtige an der Fragestellung verdrängt werden soll. Die damalige Kritik an der *Universität* – die nur in seichten Formeln wie »raus aus dem Elfenbeinturm« populär wurde – ging viel weiter als die heutige Auseinandersetzung mit ihr. Es wurde durchschaut, daß die dort betriebene Wissenschaft nicht nur theoretisch falsch und Legitimationswissenschaft ist, sondern daß ihr herrschaftlicher Charakter schon mit der Abtrennung als staatliche Institution von der gesellschaftlichen Praxis gegeben ist: *instrumentelle Vernunft*, die beliebigen und damit immer den herrschenden Interessen zur Verfügung steht. War dieser gesellschaftliche Charakter von Wissenschaft durchschaut, reichte es nicht mehr, Traktate zur »Kritik bürgerlicher Wissenschaft« zu verfassen – die eigene soziale Funktion und Rolle mußte radikal verändert werden. Das bedeutete den Bruch mit der eigenen Lebensperspektive, die einem als universitäre Karriere und in der gesellschaftlichen Stellung der Eltern vorgegeben war. Heute ist mit der Ausblendung des Klassenverhältnisses aus der Gesellschaftskritik auch die Kritik der Universität und der Institutionen verschwunden.

– Im Gegenteil, Debatten sind oft von regelrechter Wissenschaftsgläubigkeit geprägt, wenn es nicht mehr auf den Realitätsgehalt oder die Stichhaltigkeit der Argumente ankommt, sondern darauf, alle »wichtigen Namen« von Foucault bis Adorno flüssig daherplappern zu können. Die Szene selber hat dafür das treffende Wort *Name-Dropping* geprägt. Aber weil sie nicht versteht oder nicht kritisieren will, welche praktischen Verhaltensweisen dem zugrunde liegen, kann sie es auch nicht stoppen. Sie merkt, daß sich da etwas wiederholt, was sie von der Uni kennt – wo es nicht um richtige Erkenntnis und seine Bedeutung für die eigene Lebenspraxis geht, sondern das Mithalten in der Konkurrenz um die Scheine oder Abschlußnoten – was auch eine bestimmte Lebenspraxis ist! Bei diesem Geschäft ist die Menge der zitierten Autoren wichtiger als die Frage nach der Bedeutung für die Wirklichkeit. Dies wiederholt sich in der linken Debatte, weil sie heute genauso abgetrennt und gleichgültig der Praxis gegenübersteht, wie es die Uni durch ihren Charakter als Institution ist. Nur in solchen von der Praxis abgetrennten Räumen kann sich die Fixierung auf theoretische Autoritäten in der Form entwickeln, wie sie mit dem Name-Dropping gekennzeichnet wird.

– Das Zusammenspiel von linker Politik als Einkommensquelle und Autoritätsfixiertheit hat die Erscheinung der unsäglichen Konkurrenz und Eitelkeiten im Rahmen von politischen Debatten erzeugt. Konkurrenz unter

politischen Gruppen und zwischen kollektiv erarbeiteten Positionen gab es schon immer und nahm oft genug die verrücktesten Formen an. Was aber die 90er Jahre prägt, ist die Präsentation des bürgerlichen Individuums. Linke Debatte wird zur Konkurrenz der Schreiber und Schreiberinnen auf einem begrenzten Markt, Präsentation und Vermarktung werden wichtiger als die Suche nach Erkenntnis. Es ist daher kein Wunder, daß die Übergänge zu Glosse, schlechtem Kabarett und Feuilleton immer fließender geworden sind. Aus diesem Pool bedienen sich mittlerweile auch bürgerliche Medien wie die Süddeutsche oder die FAZ. Überhaupt hat die beständige Abstraktion von der eigenen gesellschaftlichen Praxis es der bürgerlichen Gesellschaft zunehmend leichter gemacht, oppositionelle Haltungen und Äußerungen in ihren pluralistischen Kulturraum einzubauen und zu verdauen. Nonkonformismus ist zum unverzichtbaren Bestandteil jedes Markenzeichens geworden.

Linksradikale Theorie wird mehr und mehr zum Feuilleton, ganz wie es der Bürger in seinen Publikationen erwartet: da kommt erst die Politik und der Wirtschaftsteil – und dann ist da noch das Feuilleton, wo man sich seine kritischen Meinungen über den Lauf der Welt abholen und kulturell auf der Höhe der letzten Moden bleiben kann – ganz so werden linke Publikationen oder Veranstaltungen konsumiert. Es wird nicht darüber diskutiert, was wir ohnehin schon tun oder tun sollten, sondern was wohl die richtige Haltung und moralische Einstellung dem Weltlauf gegenüber ist. Darin liegt der soziale Charakter der Bomber-Harris-Parole oder des Rufs nach Bomben auf Afghanistan und Bagdad – sie bestimmen keine Praxis, ihre Vertreter erwägen nicht, selber Soldat zu werden; es sind Kommentare zum Lauf der Welt, mit dem wir in unserem Lebensalltag nichts zu tun haben.

Die Elite der Aufklärung

Trotzdem drückt sich in diesem linken Feuilleton nicht einfach die Gleichgültigkeit gegen die eigene soziale Position und Praxis aus, sondern der Anspruch auf eine ganz bestimmte herrschaftliche Funktion. Dem kritischen Denken und damit sich selbst als Denker wird eine Funktion zugewiesen, die sie nicht aus sich heraus haben, sondern aufgrund des gesellschaftlich vorgegebenen und akzeptierten Verhältnisses von »Intelligenz« und »Masse«. Sowohl *krisis* wie antideutsche Varianten von Wertkritik betonen die notwendige und zwangsläufige Verblendung der Menschen und die Unmöglichkeit, sie in praktischen, sozialen Gegensätzen und Kämpfen

zu durchbrechen. Revolution als das Zusammenfallen von Selbstveränderung und Veränderung der Verhältnisse wird kategorisch ausgeschlossen. Der Widerspruch kann nur nach der Seite der Objektivität (Zusammenbruch und »Kommunismus der Dinge« bei *krisis*) oder der puren Subjektivität (»Ideologiekritik« beim *isf*) aufgelöst werden.

Die Vertreter beider »Lösungen« stehen vor dem Problem, daß unerklärlich wird, wieso gerade sie in der Lage sind, die Verblendungen zu durchbrechen und sie als solche zu erkennen – was sie unentwegt behaupten. Entweder kam der heilige Geist über sie – oder aber, und dies ist der praktische Gehalt ihrer Behauptungen, sie beanspruchen für sich einen besonderen gesellschaftlichen Ort, von dem aus der allgemeinen Verblendung entgegengetreten werden kann. Alle Klassengesellschaften bestimmen einen solchen Ort, der mit der Eigenschaft versehen wird, über das nebelhafte Bewußtsein des »Volks« oder der »Masse« hinausblicken zu können – früher waren es die Priester, heute sind es die Philosophen und Wissenschaftler, die diese Rolle im Zuge der bürgerlichen Aufklärung des 18. Jahrhunderts erhielten. Egal, wie kritisch sich die Linksradiكالen verbal von dieser vorgegebenen Intellektuellenrolle abzugrenzen versuchen, solange sie die Exklusivität ihrer Kritik gegenüber den Verblendeten behaupten, identifizieren sie sich ganz praktisch mit dieser Position (auch wenn sie nicht in den Genuß der materiellen Vorteile dieser Eliten-Position kommen).

Viele der älteren Vorreiter dieser wertkritischen Aufklärungshaltung konnten dabei an dem Weltbild ihrer früheren politischen Sozialisation anknüpfen. Der überraschend schnelle Übergang von einer antiautoritären und wissenschaftskritischen Jugend- und Studentenbewegung zum Aufbau marxistisch-leninistischer oder maoistischer Parteien hatte der Position des aufklärenden Intellektuellen eine linke Legitimation verliehen. Das leninistische Theorem vom notwendig ökonomistischem Arbeiterbewußtsein, dem nur durch die Intervention der mit dem wissenschaftlichen Sozialismus bewaffneten Partei Beine gemacht werden könnte, hatte dem Intellektuellen wieder die Sonderrolle gegeben, die mit der Formel vom »Klassenverrat« in Frage gestellt wurde. Auch hier bleibt unerklärlich, woher die Intellektuellen oder Parteiführer ihren exklusiven Erkenntniszugang haben, oder anders gesagt: wer denn die »Erzieher der Arbeiterklasse« erziehen soll.

In der leninistischen Konzeption des Intellektuellen konnte die Aufklärung nur deswegen als *revolutionäres* Moment ausgegeben werden, weil die Partei als ein Ort jenseits von kapitalistischer Gesellschaft und bürgerlichem Staat gedacht wurde – und weil »die Arbeiterklasse« als ein offener

Behälter konzipiert war, der nur darauf warte, mit »Klassenbewußtsein« gefüllt zu werden. Und da, wo die eigene Reproduktion mit der politischen Tätigkeit zusammenfiel, wie im bezahlten Parteifunktionär, war sie zumindest im Bewußtsein der waren- und profitvermittelten Produktion entgegengesetzt. Seit den 80er Jahren und schlagartig mit Beginn der 90er haben sich die einzelnen Koordinaten dieses Schemas verändert – nicht aber das Schema selbst. Die »revolutionären Parteien« existierten nicht länger, die Arbeiterklasse galt nicht mehr als offenes Gefäß, sondern als dumpfer Pöbel oder arbeitsgeile Dumpfbacken. Die Vorstellung vom Gefäß wurde aber beibehalten, nur daß es nun der bloße »Arbeitskraftbehälter« war, in dem höchstens noch das Kapital denkt oder die Kulturindustrie ihre Produkte ablädt. Es war die Rückkehr in den Schoß des bürgerlichen Aufklärungsdenkens und damit der negativen Anthropologie der von Natur »schlechten Menschen«, die nur durch eine höhere Gewalt im Zaum gehalten werden können. Ausgesprochen oder unausgesprochen, über kurz oder über lang steckte darin die Rückkehr zum Staat und seiner zivilisierenden Gewalt.

Was vielen mit der Aufforderung der *bahamas* zum Krieg »zu weit« ging oder wie eine Entgleisung des linksintellektuellen Diskurses behandelt wurde, war in Wirklichkeit nur eine ausgesprochene Konsequenz der gesamten wertkritischen Strömung. Ihre Nähe zum Staat und zum Krieg läßt sich nicht dadurch überwinden, daß über »Zivilisation« und »Barbarei« gestritten wird, sondern daß der hier geschilderte soziale Charakter dieses Theoretisierens radikal in Frage gestellt und umgewälzt wird.

konkret nach dem 11. September – ein Kommentar

Die Hamburger Monatszeitschrift konkret, größtes linkes Organ, hat im Januar zu einem Kongress unter dem Titel »Deutschland führt Krieg, gestern, heute morgen« eingeladen. Etwa 800 Leute kamen, die meisten deutlich über 30 Jahre alt. Konkret und der Krieg: schon in der Vergangenheit hieß das nichts Gutes: 1991 unterstützte man den Golfkrieg, weil er angeblich Israel schützen helfen würde; 1999 während des Kosovo-Kriegs schwenkte man auf antiimperialistische Linie ein, verteidigte Serbien und Milosevic und halluzinierte einen spezifisch deutschen Krieg herbei, der in der Tradition der Expansionsbestrebungen des II. Weltkrieges stehen würde, nach dem 11. September konnten aufmerksame LeserInnen des Blattes gespannt sein, wie sich konkret zum US-geführten Krieg gegen Afghanistan positionieren wird (zumal da antideutsche Linke mit ähnlichen Gründen wie konkret 1991 jetzt auch wieder auf der Seite der westlichen Krieger stehen).

Der Kongress zeigte eine deutliche Zäsur an, die teilweise mit einer Rückkehr zu Reminiszenzen an die gute alte Kalte Kriegs-Ordnung, als die SU noch existierte, verbunden war, teilweise einen Antiimperialismus minus revolutionäre Erwartung transportierte:

Es ging gegen eine als »89er-Linke« etikettierte antideutsche Position, die nun auf die Seite der Bellizisten gesprungen ist (bahamas). Gegen diese »mißratenen Kinder« sollte auf dem Hamburger Kongreß vorgegangen werden, ohne jedoch die Grundprämissen, die konkret mit diesen Linken teilt, kritisch zu befragen und über Bord zu werfen.

Jürgen Elsässer, selbst in den 90er Jahren Wortführer der Antideutschen, spielte sich zum Antiimperialisten und Verschwörungstheoretiker auf. Vom Pro-Amerikanismus der 90er Jahre abgerückt (noch unter dem Schockerlebnis der Wiedervereinigung rief Gremliza aus: *Ami stay here!*), ist konkret in der Person von Gremliza und Elsässer in den linken Antiamerikanismus der orthodoxen Antiimperialisten zurückgefallen. In den »antideutschen« Jahren von konkret durfte nur über Auschwitz gesprochen werden; als müssten man nun nochmals auffrischen, was man als Antideutscher in dieser Zeit verlernt hatte, wiederholte Elsässer die Verbrechen der USA: vom Indianermord, über Vietnam bis Chile.

Was sich bei dieser Linken durchzieht, ist die Unfähigkeit wirkliche Ideologiekritik zu betreiben, obwohl sie vorgibt, eine solche zu liefern. So hielt Elsässer der amerikanischen Verfassung (*persuit of happiness*), die er als individualistische kritisierte, die französische entgegen (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit), die ein kollektives Glücksversprechen bereithalten würde. Hat Elsässer in den Neunziger Jahren die Dichotomie: westliche, staatsbürgerlich verfasste Zivilisationen (USA, Frankreich, England, Serben (!)) gegen völkische Blutsvölker (Araber, Basken, Kosovaren, Deutsche ...) aufgemacht und sich immer auf die Seite des »Westens« geschlagen, macht er jetzt eine solche idealistisch-ideologische Frontstellung auf.

Elsässer rief dazu auf, daß politische Tagesaufgabe der Aufbau einer »gesellschaftlichen Sperrminorität« gegen den Krieg und die Militarisierung sei. Dies soll in der Art klassischer Volksfront-Politik geschehen. Seine theatralische Bemerkung, daß die Arbeiterbewegung vielleicht doch nicht so ein toter Hund sei, wie es uns manche einreden, korrespondierte mit einem Aufruf, mit Gewerkschaften wie der IG Metall, deren Erklärung gegen den Krieg – die voll mit nationalistischen Bekenntnissen ist – er ausdrücklich lobte. 1999 war es noch serbische Folklore, die Elsässer gegen den Krieg bemühen wollte, jetzt sind es nationalistische Gewerkschaftler. Ob »Anti« davor oder nicht: das Denken in nationalen Kategorien zieht sich durch wie ein roter Faden!

Trampert/Ebermann haben ihre Rolle als Verurteiler der Kriegstreiber gut gespielt, doch davon abgesehen betreiben sie auch nur noch Polit-Kabarett: ihre Öl-und-Pipeline-These wird gar nicht mehr erhärtet, stattdessen kokettiert man damit, daß man die Öl-These auch nicht so genau auf den Punkt bringen kann, hier wird eher Materialist gespielt, als materialistisch argumentiert. »Es geht um die Röhre«, sagt ein schmunzelnder Trampert.

Der Postmoderne DJ Günter Jacob kam im Publikum ganz gut an, weil er ein Reform-Antideutscher ist, der aufgrund seiner Postmodernität ganz gut zwischen den Fronten rumtänzeln kann. Postmodern meinte er die Öl-These von Trampert vom Tisch fegen zu können, indem er glaubte, Öl wie eine normale Ware behandeln zu können, die »halt einfach« teuer wird, wenn sie knapp wird, was nur zeigte, wie vernebelnd der Kapitalkurs der KPD-ML war, den Jacob, wie er in diesem Zusammenhang kokett andeutete, besucht hatte.

Dann beschrieb Jacob »die Linke hier« als eine Linke, die zwei unvereinbare Register zu ziehen hätte: Klassenkampf respektive Antiimperialismus (beides in Register I) und das Wissen von Auschwitz und dem NS (Register II), beides könne man nicht vermitteln (weil Kategorien aus Register I wie Interesse usw. Register II uns nicht verstehen lässt). Jacob behandelt diesen Sachverhalt wie ein Positivist. Er will keinen Zusammenhang herstellen, sondern gefällt sich darin, ihn auseinanderzureissen und als Aporie gegeneinanderzustellen (vgl. dazu »Antisemitis-

mus und die Grenzen des Klassenbegriffs« Wildcat 56/57)

Von der Osten-Sacken spielte den Prototyp des Antideutschen. Als ständiger Kolumnist der Jungle World beschrieb er in diesem Organ der liberalen und poplinken Antideutschen den Krieg der USA gegen Afghanistan als »Krieg gegen Antisemiten« und macht sich wiederholt für eine Bombardierung des »faschistischen Irak« stark. Obwohl er von Elsäßer und Ebermann als »Kriegstreiber« bezeichnet wurde, gab es von ihm keine eindeutig bejahende Aussage zum Krieg (ein Phänomen, daß auch aus anderen Städten bekannt ist, daß sich publizistisch für den Krieg ausgesprochen wird, dies auf Veranstaltungen und in Diskussionen aber verschwiegen wird). Osten-Sacken beschrieb wie auch Günther Jacob den Anschlag des 11. September als antisemitische Tat und versuchte den Antimperialismus der Linken zu kritisieren, indem er Horst Mahler als den Prototyp des Antimp hinstellte – da mussten sich Trampert, Elsäßer, Gremliza natürlich nicht angesprochen fühlen... Osten-Sacken war ohnehin nur zum Abwatschen auf dem Podium, damit konkret sich von der kriegsbefürwortenden Tendenz lossagen kann (für die sie mit ähnlichen Argumenten zum 2. Golfkrieg stand), den alten Antimperialismus wieder hochkramen und trotzdem noch den innerlinken Pluralismus bedienen kann.

Spiegelverkehrt zu Osten-Sacken nahm der DKP-Prof aus Marburg Georg Fülbert die Rolle des impliziten Anti-Antideutschen ein, indem er sagte, man könne über den Krieg reden, ohne besonders auf Deutschland einzugehen. Tramperts Öl-These bezeichnete er als »Mythos Pipeline«, er wandte sich gegen die These, wonach in Form der EU eine neue Großmacht – unter deutscher Führung – den USA den Rang ablaufen wolle, und bezog sich auf Kautzkis Begriff des »kollektiven Imperialismus«, ohne diesen auszuführen oder auf die heutige Situation anzuwenden. In dem Krieg kämen noch keine deutlichen inner-imperialistischen Konflikte zum Ausdruck, vielmehr sei er eine hegemoniale Machtdemonstration der USA, bei der Deutschland keine bedeutende Rolle spielen würde. Dies war eine Position, von der man sich auch wieder abgrenzen konnte – gerade Gremliza mit Verweis auf die deutsche Führungsrolle in Mazedonien –, um antideutsche Restbestände zu bewahren.

Statements aus dem Publikum, die den Fragen von kollektivem Imperialismus, inner-imperialistischen Konflikten, transnationalem Kapital nachgehen wollten, wurden nicht weiter aufgenommen. Der Kongress zeigte wie sehr die Linke auf den Hund gekommen ist:

* der Antimperialismus ist nicht überwunden oder aufgehoben worden, er wurde nur nach '89 gegen das Antideutschtum ausgetauscht, um jetzt von konkret wieder aktiviert zu werden.

* Bei der »Ökonomiekritik« ging es kunterbunt durcheinander: Elsäßer verwechselt Klassenkampf mit staatsfrommer Gewerkschaft, Trampert und Ebermann sprechen zwar von Ausbeutung, aber das wird gleichgesetzt mit »Wertraub« (also einer recht alten dependenztheoretischen oder allgemein dritt-weltistischen Vorstellung); vom wirklichen Klassenkampf, von der Präsenz oder dem Fehlen von Kämpfen war überhaupt keine Rede.

* Politik wird immer mehr zum Kabarett und angeführt von blasierten Politclowns, die freiwillig (Trampert/Ebermann) oder unfreiwillig (Elsäßer) komisch wirken.

Das Problem ist, daß ein solches Spektakel auch ein dazugehöriges Publikum produziert und wechselseitig von diesem hervorgebracht wird. Teilweise war das Publikum in Einzelstatements weiter als die konkret-Riege, Nachfragen über die nationale oder transnationale Verfasstheit des heutigen Kapitals blieben unbeantwortet, der Aufruf zur Praxis (auch eine typische »Publikumsaufgabe« – die »Experten« und »Theoretiker« können sich da zurücklehnen) blieb vom Publikum her unverbunden mit einer Kritik an der Haltung der Referenten, die sich nur auf die eigene richtige Gesinnung und identitätspolitische Haltung verlegten.

Zur Kritik der Antideutschen Linken

Als sich im Herbst 2000 der deutsche Staat als der bessere Antifaschist offenbarte, kam Unsicherheit in die Antifaszene. Auch vor dem Hintergrund der 'Antiglobalisierungsbewegung' begab sich die Szene auf die Suche nach weitergehenden Ansätzen. Für manche endete diese Suche bei der anti-deutschen Wertkritik. Die antideutsche Linke war Anfang der 90er in Reaktion auf die deutsche Wiedervereinigung und den wachsenden Nationalismus entstanden. Ihre wichtigsten und lautstärksten Vertreter waren zunächst um die Redaktion der *konkret* zu finden, dann bei einer Abspaltung vom westdeutschen Kommunistischen Bund (KB), der antideutschen Zeitschrift *bahamas*.

Antideutsches Gedankengut hat sich in den letzten 10 Jahren im linken Wortschatz breitgemacht. Antifas, Antirassisten und Antinationale (soweit sich das überhaupt differenzieren läßt) reden von einem nationalen oder völkischen 'Konsens', von 'den Deutschen' als 'Volkskörper' usw..

Nach den Anschlägen von New York und Washington DC im September 2001 reißen nun Gräben beispielsweise zwischen den antideutschen Gruppen *bahamas*- und *konkret*-Redaktion auf. Die einen unterstützen den »Krieg gegen den Islamismus«, weil sie in der Kriegspolitik der USA einen »Kampf um zivilisatorische Standards« sehen; bei den anderen kommt nun wieder ihre alte antiimperialistische Matrix durch. In diesem Prozeß finden Neupositionierungen rund um *bahamas* und die *initiative sozialistisches forum (isf)* statt. Wenn auch nicht alle diese Grüppchen die Kriegshetze der *bahamas*-Redaktion teilen, gibt es dennoch Grundannahmen, die sie einigen. Wir halten diese Grundannahmen für wirkungsmächtiger und gefährlicher als die absurde Kriegshetze und setzen uns deshalb im folgenden damit auseinander.

1. Gegen die soziale Organisierung

Wann immer sich Menschen (in Deutschland) zusammentun, um gegen ihre Situation anzugehen, seien Judenmord und -vertreibung die Folge. Diese Auffassung sieht einen 'strukturellen' Antisemitismus in der deutschen 'Arbeiterschaft' und die Holzmännchen-Arbeiter vor der Deutschen Bank, die Pogrome von Hoyerswerda, Rostock, Mannheim-Schönau usw. als Beleg dafür.

2. Für Israel

Vom Adorno'schen Imperativ ausgehend, »Denken und Handeln so einzurichten, daß Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe«, fordern die Antideutschen eine »unbedingte Solidarität mit Israel«. »Die Juden«, seien »die 'wahren Verdammten dieser Erde'«, sie bräuchten unsere Solidarität, um der drohenden Vernichtung zu entgehen. Die Solidarität mit 'den Juden' wird als Solidarität mit dem israelischen Staat verstanden, der so »notwendig wie je und bedroht wie nie« (bahamas) sei.

3. Gegen die Barbarei, für die kapitalistische Zivilisation!

Der im Kapitalismus zu findende zivilisatorische Fortschritt muß gegen den 'Rückfall' in die Barbarei notfalls mit Krieg verteidigt werden. Der Zweite Weltkrieg sei in diesem Sinne zu verstehen, er habe die »Minimalbedingungen der sozialen Revolution in Deutschland« (Joachim Bruhn, *isf*) wiederhergestellt.

1.

Auf den Spruch »soziale Organisation (in Deutschland) riecht nach Gas« lassen sich so ziemlich alle Verlautbarungen der Antideutschen zum Klassenkampf, oder besser dem, was sie dafür halten, zuspitzen. Das 'Argument' wird immer dann bemüht, wenn es darum geht, sich ohne genauere Analyse von einem sozialen Kampf zu distanzieren. Dabei wird unterstellt, die soziale Revolte gegen das Kapital könne sich ohnehin nur in (strukturell) antisemitischen Formen ausdrücken und das sei der Boden für Vernichtung. Was soll das aber bedeuten?

Zu kurz gegriffen

An seiner Oberfläche erscheint das Kapital als riesige Warenansammlung, die sich vor allem um eines dreht: Geld. Das Kapital tritt uns also auf dieser Ebene vor allem als Handels- oder zinstragendes Finanzkapital entgegen. Wenn sich die Revolte gegen ein so (un-)verstandenes Kapital vor allem in der Gegnerschaft zu seinen Agenten, also Händlern und Banken, entlädt, trägt sie die Tendenz in sich, antisemitisch zu werden. Die Verkürzung der Kritik am Kapitalverhältnis auf eine Kritik an der 'Zinswirtschaft' und die Projektion dieser Kritik auf die Agenten dieser Zinswirtschaft, richtete und richtet sich oft gegen 'die Juden', die nicht dem kanonischen Zinsverbot des Mittelalters unterlagen und deswegen oft mit der

Geldwirtschaft assoziiert werden. Kapitalismus wird hier als Geldwirtschaft, das Kapitalverhältnis als 'Zinsknechtschaft' verstanden. Völlig ausgeblendet bleibt die industrielle Organisation der Arbeit und damit des Kapitals. In der Geschichte sind vor allem kleine und mittlere Handwerker und Bauern Träger dieser Art Kapitalismuskritik gewesen.

Eine andere, davon zu unterscheidende Verkürzung der Kritik an kapitalistischen Verhältnissen ist die Forderung nach einem 'gerechten Lohn'. Diese Kritik stellt zunächst einmal Lohn und Profit gegenüber, und hat deswegen unmittelbar eher den eigenen Chef als die Geldwirtschaft zum Anti-Symbol. Auch diese Position abstrahiert von der Organisation der Produktion, vom Kapitalverhältnis als einem Klassenverhältnis, das die übergroße Mehrheit der Menschen ständig von den Mitteln ihrer Reproduktion trennt. Sie stellt nur die Frage nach einer 'gerechteren' *Verteilung* des kapitalistischen Reichtums, problematisiert die Bedingungen seiner *Herstellung* aber nicht. Während der Kampf um einen 'gerechten' Lohn von jeher zu den zentralen Motiven der Arbeiterbewegung gehört, hat sich die Kritik an der Zinswirtschaft, die ihre sozialen Träger eher im kleinen und mittleren Bürgertum als in der Arbeiterschaft hat, historisch nicht wirklich durchsetzen können.

Die Antideutschen drehen das richtige Argument, wie es z.B. Moische Postone formuliert hat, der (moderne) Antisemitismus sei eine verkürzte, personalisierte Form der Kapitalismuskritik, um. So kommen sie zu dem falschen Schluß: »verkürzte Kapitalkritik ist antisemitisch«, den sie als Allzweckwaffe gegen jeden sozialen Kampf einsetzen. *Verkürzungen* in der Kritik des Kapitals gibt es viele: Keine Bewegung fällt fertig vom Himmel. Die Aufsässigen empören sich über Ungerechtigkeiten, gehen vielleicht einen Schritt weiter, radikalieren sich und verstehen die selbst erlebte Ungerechtigkeit in ihrem Wesen und Zusammenhang – oder eben nicht. Aber die realen Verläufe brauchen die antideutsche Kritik gar nicht zu interessieren. Indem sie darauf hinweisen, daß die Kritik einer Bewegung am Kapitalverhältnis 'verkürzt' sei, können sie jede soziale Bewegung des Antisemitismus bezichtigen.

Ein Beispiel, wie so was geht, findet sich im Editorial der *bahamas* Nr. 37: »... Argentinien. *Da haben wir sie doch, die kämpfenden Volksmassen gegen USA und Weltmarkt mit einem zweifelsfrei untadeligen Anliegen ... Doch da ist sie schon wieder, die "Antisemitismuskeule". "Hagali", eine Internet-Adresse, von der es doch immer geheißen hat, sie sei seriös, meldet, daß aus Argentinien in den nächsten Jahren eine der größten Auswan-*

derungswellen seit vielen Jahren nach Israel bevorstünde. Wie zur Bestätigung wird am 16.01.2002 die vollständige Verwüstung eines jüdischen Friedhofs in Argentinien gemeldet.« In der zitierten Meldung von Hagali wird der Leiter der Delegation der Jewish Agency genannt, der gerade betont, daß die Unruhen und Plünderungen keinen antisemitischen Hintergrund haben! Der ganze Artikel drückt aus, daß argentinische Juden wie viele andere das Land aus wirtschaftlichen Gründen verlassen: »"Wir kamen wegen der wirtschaftlichen Probleme," fährt sie fort. "Julio arbeitete als Taxi-Fahrer und verdiente am Tag \$ 10 Dollar, und ich leitete eine Reinigungs-Firma. Unser Einkommen war nicht gut, deshalb begann ich Versicherungs-Policen zu verkaufen." (...) Freunde fragten mich, wie ich mich dafür entscheiden könnte, in ein Land auszuwandern, in dessen Straßen Bomben explodieren, und ich antwortete, "das ist immer noch besser als auf Argentinien's Straßen von einem verhungerten Räuber getötet zu werden, der \$ 10 Dollar von dir stehlen möchte."« Mit der Entscheidung, Argentinien in Richtung besserer wirtschaftlicher Verhältnisse zu verlassen, sind sie nicht allein. Auch vor dem deutschen oder dem italienischen Konsulat stehen lange Schlangen. Die Zerstörung eines jüdischen Friedhofs aber wird von bahamas benutzt, um der Auswanderungswelle eine andere Motivation, einen grassierenden Antisemitismus, zu unterstellen und so die Bewegungen in Argentinien gleich mit abzuhaken. Über das Maß, das die Oberflächenreflektion der politischen Klasse bietet, interessiert man sich bei bahamas nicht dafür, was in Argentinien wirklich passiert. Was auf den Stadtteilversammlungen passiert, wie sich die Aufsässigen zu den linken und rechten Peronisten verhalten, was sich etwa hinter der Ablehnung aller Politiker und Parteien an Einsicht verbirgt, das interessiert nicht, denn anhand von drei Sätzen ist die Bewegung verstanden und kritisiert. Der an sich richtige Satz, daß »Antisemitismus (...) ein Maßstab dafür (sei), ob eine Krise nach pathologischem Muster gelöst, also abreagiert wird, oder ob Ansprüche sich regen, die auf den Kommunismus zielen« wird hier ganz bewußt benutzt, sich einer genaueren Betrachtung zu enthalten.

2.

Die Antideutschen fordern eine 'unbedingte Solidarität' mit dem Staat Israel, dem Staat 'der Juden' ein. 'Die Juden' werden als volksgemeinschaftliche Einheit verstanden, Israel als ihr Staat. Die Brüche und Auseinandersetzungen in der israelischen Gesellschaft interessieren die Antideut-

schen nicht wirklich. Jüdische Kritiker am israelischen Staat, 'jüdische' Linke, werden, so sie überhaupt wahrgenommen werden, zu Verrätern am jüdischen Vaterland, der Bezug auf sie gerät in den Verdacht des Antisemitismus: »*Ist heute möglicherweise antisemitisch, wer sich nicht klar und unmißverständlich hinter den Staat Israel stellt und sich statt dessen hinter einer ominösen israelischen Linken verschanzt, die ihn kaputt machen würde, wenn sie zum Zuge käme?*« (bahamas 34)

Uns soll es nicht um die Frage der Existenzberechtigung des israelischen Staates gehen. Israel existiert und ist als entwickeltster kapitalistischer Staat der Region zu verstehen und zu kritisieren. Diese Kritik heißt aber weder, ein *Existenzrecht* Israels anzuzweifeln, noch, es zu verteidigen. Welchen Sinn sollte es für Revolutionäre machen, *einen* Staat abschaffen zu wollen? Was wäre an seine Stelle zu setzen? Welchen Sinn macht es andererseits, ein Staatsgebilde zu verteidigen? Wenn es um Solidarität geht, dann nur um Solidarität mit konkreten Menschen und ihren Kämpfen, nicht mit 'Völkern', 'Nationen' oder Staaten. Die Ebene von 'pro oder kontra Israel' ist nicht die Ebene unserer Auseinandersetzung mit dieser Gesellschaft. Wer glaubt, auf andere Weise *Realpolitik* betreiben zu müssen, ist im Auswärtigen Amt (die führen tatsächlich die Diskussion, welche Staaten sie auflösen und welche sie neu gründen werden) besser aufgehoben als in Debatten über die Aufhebung des Bestehenden.

Die antideutsche Pro-Israel-Position vollzieht nach, was der gemeine Antisemitismus und der deutsche Nationalsozialismus begonnen hatten: die Gleichmachung 'der Juden' (natürlich nicht mit derselben eliminatorischen Konsequenz). Dieses Projekt, die Nivellierung 'der Juden' zu einem 'Volk', ist, ob in diskriminierender Weise, wie es der Antisemitismus und Nationalsozialismus tat, oder mit positivem Bezug, wie es der Zionismus und die Antideutschen tun, konterrevolutionär und antiemanzipatorisch.

Jüdische Intellektuelle hatten von Anfang an die sozialistische Bewegung entscheidend geprägt. Anfang des 20. Jahrhunderts waren in Europa und an der nordamerikanischen Westküste jüdische Proletarier unter den am meisten revolutionären Elementen der Arbeiterklasse zu finden, ihren größten geschichtswirksamen Einfluß erreichten sie aber in Osteuropa. Plechanov bezeichnete diese jüdischen Proletarier: »*in gewisser Hinsicht als die Avantgarde der Arbeiterbewegung Rußlands.*« Diese Präsenz jüdischer Revolutionäre läßt sich nicht nur an Einzelpersonen, wie Marx, Lassalle, Trotzki, Luxemburg, zeigen, sondern kommt auch in dem Gewicht

zum Ausdruck, das z.B. die Auseinandersetzung zwischen dem jüdischen Bund und den Bolschewiki am Vorabend der russischen Revolution hatte. Diese jüdischen Revolutionäre verbanden ihre eigene Emanzipation von rassistischer Diskriminierung mit der Befreiung von kapitalistischer Ausbeutung und verstanden sich natürlich in Opposition zu jüdischen Kapitalisten. Vielleicht war es gerade das Fehlen eines jüdischen Nationalstaates, das die jüdischen Proletarier zu Avantgarden des Klassenkampfes machte: sie hatten kein Vaterland, in dessen nationalistischer Ideologie sie sich verlieren konnten, wie es Anfang des 20. Jahrhunderts den europäischen Sozialdemokratien, namentlich der deutschen, erging.

Es war zunächst der Antisemitismus, der nur noch 'die Juden' sehen wollte. Der Antisemitismus hauptsächlich französischer Sozialisten und Anarchisten, wie Blanqui und Proudhon, machte aus Marx 'den Juden'. Der Antisemitismus erklärte sich die jüdische Großbourgeoisie ebenso zum Feind wie die jüdischen Proletarier, deren revolutionäres Ringen er nur in Zusammenhang mit einer Weltverschwörung 'der Juden' verstehen konnte. Diese Einebnung in der Betrachtung der jüdischen Bevölkerung Europas brachte der Nationalsozialismus zur Vollendung: in der Vernichtung waren alle Juden gleich.

Der Zionismus und sein Staat Israel verfestigen die Gleichmachung der Juden von der anderen Seite, also positiv. Die jüdische Volksgemeinschaft erscheint als positiver Bezugspunkt und ebenso wie beim Antisemitismus wird der Klassengegensatz zwischen jüdischen Proletariern und Kapitalisten hinter einer nationalistischen Ideologie versteckt. Wie jeder Nationalismus ist auch der jüdische gegen die revolutionäre Aufhebung des bestehenden gerichtet.

Der israelische Staat erscheint den Antideutschen aber als notwendiges Vehikel gegen die antijüdisch motivierte Vernichtung, das eben bis zur Aufhebung aller Staaten bestehen bleiben müsse. Er wird als notwendige Schutzmacht verstanden, als die er aber eben gar nicht funktioniert. Es ist eine bittere Ironie, daß der Staat, in dem 'Juden' – als 'Juden', nicht als Verkehrsteilnehmer oder Bauarbeiter – aktuell am meisten bedroht sind, gerade Israel ist. Diese Bedrohung ist das Resultat einer jahrzehntelangen rassistischen Politik, die trotz der zionistischen Ideologie zwischen westlichen und orientalischen Juden genauso gut zu unterscheiden wußte wie zwischen Juden und Arabern. Und auch heute ist Sicherheit in Israel eine Frage des sozialen Status: die Opfer der Selbstmordanschläge sind haupt-

sächlich die ärmeren und besser erreichbaren Israelis, osteuropäische Einwanderer oder verarmte sephardische Juden in den Siedlungen.¹

Wenn diese rassistische Spaltung der israelischen Gesellschaft samt der besetzten Gebiete zu irgendetwas 'gut' war, dann dazu, eine billige und quasi rechtlose Arbeitskraft verfügbar zu machen, auf deren Ausbeutung der Erfolg der israelischen Wirtschaft zu einem guten Teil beruhte. Insofern erweist sich Israel als ein 'normaler' kapitalistischer Staat² in dem das Klassenverhältnis in einer sehr spezifischen, Form verschleiert ist – einer Form, die inzwischen tausende Menschenleben auf beiden Seiten dieser unseligen Spaltung gekostet hat.

Den Adorno'schen Imperativ an der aktuellen Situation in Israel zu Ende zu denken, hieße sich auf die Suche nach den Menschen und ihren Bewegungen zu begeben, die den derzeitigen Zustand konsequent und *praktisch* zu kritisieren überhaupt in der Lage sind. Eine Überwindung der rassistischen Spaltung in der israelischen Gesellschaft und der andauernden rassistischen Instrumentalisierung des 'Palästina-Konfliktes' liegt aber weder im Interesse des israelischen Staates noch in dem der arabischen Regimes der Region, die die Spannungen in ihren eigenen Staaten nach wie vor ganz gut über den 'Israel-Palästina-Konflikt' ableiten können. Eine Beendigung des Mordens in der Region wäre deswegen zuallerst von einer sozialen Revolte zu erwarten, die sowohl diese Regimes beseitigt als auch der rassistischen Politik Israels ein Ende bereitet. Die Verschärfung des Krieges, mit der die Antideutschen sich 'solidarisch' erklären, aber verbaut die Perspektive auf eine solche Aufhebung genau so wie die Forderung nach Bomben auf Bagdad.

Die Unterstützung des Krieges gegen Afghanistan und vielleicht demnächst gegen andere Staaten der 'islamischen Welt' ist deshalb nicht nur angesichts zehntausender Opfer zynisch, sondern selbst in dem engen Sinne, in dem die Antideutschen Adorno verstehen, entgegengesetzt, weil sie

¹ Zur Rolle der Siedlungen im israelischen 'Sozialmanagement' siehe: Aufheben; Die Hintergründe der Intifada im 21. Jahrhundert; dt. als Beilage zum Wildcat-Zirkular 62.

² Zumindest so weit, als ein Staat, der in seinem Bestehen in erheblichem Maße von finanzieller Unterstützung von außen abhängig ist, wie Israel, als 'normal' anzusehen ist. Und zumindest so weit, als ein Staat, um dessen 'Existenzberechtigung' eine derart aufge-ladene Debatte geführt wurde und wird, als 'normal' angesehen werden kann.

kaum dazu taugt, antiisraelische und antijüdische Positionen zu überwinden, sondern diese als einen antiimperialistischen Reflex noch befördert. Die soziale Revolution, die auf die Überwindung der Gräben hinzielt und die Gesellschaft an ihrer Wurzel, dem kapitalistischen Ausbeutungsverhältnis nämlich, angreift, verschwände einmal mehr unter der Last »zivilisierender« Bombergeschwader.

3.

Obwohl sich die antideutsche/wertkritische Linke aktuell an der Frage um den 'Krieg gegen den Terror' in ihre Einzelteile zerlegt, ist ihnen der positive Bezug auf die zivilisierende Mission der Alliierten des Zweiten Weltkrieges doch gemeinsam, den nur die *bahamas*-Fraktion in die aktuelle Auseinandersetzung um 'Zivilisation' und 'Barbarei' verlängert.

Diesem positiven Bezug liegt die Auffassung zugrunde, zwischen Faschismus und dem als 'normal' verstandenem demokratischen Kapitalismus existiere ein Bruch, der uns zwingt, die 'zivilisatorischen' Elemente der kapitalistischen Entwicklung gegen die 'barbarischen' zu verteidigen. Insofern ist der Streit um die Position zum aktuellen Krieg im wesentlichen ein Streit darum, ob die gemeinsamen Vorstellungen bezüglich 'Zivilisation' und 'Barbarei' aktuell angewendet werden können.

Barbaren? Zivilisation?

In der aktuellen Auseinandersetzung ist es erst mal verwunderlich, mit welcher Leichtigkeit Linken heute die Begrifflichkeiten von 'Zivilisation' und 'Barbarei' über die Tastatur gehen. Machte sich früher jeder der Verteidigung des Kapitals verdächtig, der seine 'zivilisierende Mission' nur erwähnte, gehört es heute bei seinen vorgeblich schärfsten Kritikern zum guten Ton, mit kulturindustriellem Pathos die Segnungen von Fernsehen, Fanta und westlicher Zivilisation zu verteidigen. Diese Zivilisation enthielte das Versprechen »auf Glück und Erfüllung jenseits von Mangel und Zwang«. Ein auffällig uneingelöstes Versprechen, wie sich schon bei oberflächlicher Betrachtung herausstellt! Wenn die Antideutschen sich aktuell darüber streiten, auf welche Art diese 'Zivilisation' ihnen besser gefällt, in Form des amerikanischen 'pursuit of happiness' oder des französischen 'liberté, égalité, fraternité', so sei darauf verwiesen, daß diese Art 'Zivilisation' seit ihrem Bestehen immer nur einer verschwindend geringen Minderheit garan-

tiert war. Die Durchsetzungsgeschichte des Kapitalismus ist eben auch eine Geschichte der anderen Seite dieser 'Zivilisation': von Mord und Krieg, von breiter Verelendung vor dem Hintergrund einer immer mehr gesteigerten Reichtumsproduktion. Sie ist die Geschichte der andauernden und immer wieder neu durchgesetzten Abtrennung von diesem Reichtum. Der »*menschliche Fortschritt (gleich) jenem scheußlichen heidnischen Götzen (...), der den Nektar nur aus den Schädeln Erschlagener trinken wollte.*«³ Das 'Versprechen' existiert nur negativ, als Ausschluß – die Menschen können im Kapitalismus nur ahnen, was ihnen vorenthalten wird.

Den Zusammenhang zwischen 'Zivilisation' hier und 'Barbarei' dort können die nicht sehen, die sich in dieser Gegenüberstellung ihren Platz suchen, obwohl sowohl die Barbarei des Nationalsozialismus als auch die der islamistischen Taliban durchaus als Produkt dieser angeblich zu verteidigenden 'Zivilisation' zu verstehen sind. Und zwar in doppelter Hinsicht: erstens ist weder das eine noch das andere 'von außen' über die Gesellschaft hereingebrochen, die Nationalsozialisten wurden von einer demokratisch gewählten Regierung ins Amt gerufen, die Taliban von eben solchen ausgebildet und unterstützt. Wo immer zur Absicherung der kapitalistischen sozialen Verhältnisse sich die Demokratie mit ihren bürgerlichen Freiheiten als untauglich erweist, sind die Apologeten des Fortschrittes bereit, sich auf ihre angebliche Negation einzulassen. Aber auch in einer anderen Hinsicht ist die 'Barbarei', die 'Unmenschlichkeit', das Bild, das wir von der diktatorischen Herrschaft haben, Produkt der 'Zivilisation': die 'Barbaren' werden nicht nur unmittelbar von der 'Zivilisation' erzeugt, sie werden auch als 'Barbaren' instrumentalisiert. Hinter der Darstellung der Gräueltaten der Unzivilisierten, hinter dem 'Zivilisationsbruch' verschwinden die historischen und alltäglichen Verbrechen, auf denen diese 'Zivilisation' errichtet ist. So wie das römische Reich in der Antike sich nach dem Ende der punischen Kriege seine 'Barbaren' erfand, um die 'äußere Bedrohung' weiterhin zur Legitimation der eigenen Herrschaft benutzen zu können, werden heute aus ehemals unterstützten Kämpfern gegen den 'Kommunismus' barbarische Unzivilisierte, Terroristen, gegen die es den gerechten Krieg, einen Kreuzzug gar, zu führen gelte.

Dabei erkennt aktuell vor allem die *bahamas*-Fraktion (die sich plötzlich gar nicht mehr so antideutsch gebärdet – und deswegen von ihren

³ Karl Marx, Schriften zu Indien, MEW Bd. 9, S. 226.

Opponenten als ex-antideutsch bezeichnet wird) nicht nur die Konstruktion von 'Barbarei' und 'Zivilisation' und den angeblichen Gegensatz zwischen ihnen erst mal stillschweigend an, sondern sie akzeptiert auch gleich noch die Behauptung, daß dieser Krieg (und andere) eine solche Auseinandersetzung zum Inhalt hätte. Die antideutsche Linke hat sich immer wieder darin hervorgetan, die ideologische Verklärung der Kriegsziele der verschiedenen Parteien für die Realität zu nehmen.

Antifaschistischer Krieg?

Im Zweiten Weltkrieg wird deswegen stark vereinfachend das deutsche Kriegsziel in der Vernichtung der europäischen Juden verortet: *»Während die klassischen imperialistischen Kriege ein Ziel außerhalb besitzen, also auf Durchsetzung von (ökonomischen) Machtinteressen zielen, war die Vernichtung des europäischen Judentums oberstes Kriegsziel des Vernichtungskrieges der deutschen Wehrmacht.«*⁴ Andererseits wird den Alliierten Siegermächten eine letztlich antifaschistische Motivation unterstellt. Sie hätten *»in einem für sie verlustreichen Luftkrieg versucht (...), die Deutschen vom Nazitum zu befreien«*.

Bei dieser Bewertung des Zweiten Weltkrieges treffen sich die Antideutschen dann auch mit den von ihnen vor allen in den letzten Jahren kritisierten Antifaschisten. Diese Diskussion ist keine neue: in den 1940er Jahren zogen tausende Antifaschisten in den Krieg gegen Hitlerdeutschland, um auf der Seite der Briten, der Amerikaner oder der Sowjetunion zu kämpfen – oft ohne sich die Kriegsziele 'ihrer' Partei zu eigen zu machen! Es ging und geht dem Antifaschismus in dieser Frage um das 'kleinere Übel'. Linksradikale haben dieser Position vorgehalten, der Faschismus (die Diktatur, die Barbarei) sei die andere Seite der Demokratie, zu der die kapitalistische Gesellschaft zwangsläufig tendiere, wenn die soziale Situation (besonders in Krisen) mit demokratischen Mitteln nicht mehr zu beherrschen ist. Insofern wäre der Faschismus nicht durch eine Verteidigung der Demokratie, die ihn ja erst hervorbringt, zu verhindern – was der Antifaschismus

⁴ Man könnte hier eine tiefe Einsicht vermuten, die nämlich dahinterkommt, dass die 'äußeren' Kriegsziele immer auch von einer Kriegsführung nach innen begleitet sind, gegen die Drohung der sozialen Revolution die nationale Gemeinschaft durchzusetzen. Insofern ist es natürlich nicht falsch, die 'Genese des Deutschen Volkes' als deutsches Kriegsziel zu verstehen, allerdings ist das eben gar nichts spezifisch deutsches.

ja tatsächlich auch nie geschafft hat, egal wie aufopferungsvoll und entschlossen sein Kampf auch immer war (siehe *Wenn die Aufstände sterben*, Wildcat-Zirkular 50).

Der Blickwinkel der Antideutschen leugnet letztlich einen Zusammenhang zwischen 'funktionierender' kapitalistischer Verwertung samt der oft damit in Verbindung gebrachten parlamentarischen Demokratie als adäquater Staatsform und der Diktatur, des Faschismus oder des Nationalsozialismus. Die Geschichte des Kapitals ist aber gerade die Geschichte seines Nicht-Funktionierens, seiner Krisen und sozialen Erschütterungen. Kapitalismus ist eben nicht als harmonischer Verwertungsprozeß zu verstehen, von dem es hin und wieder 'Abweichungen' gibt, sondern die Verwerfungen und Brüche sind als Resultate seiner Krisenhaftigkeit zu entschlüsseln.

Die Gegenüberstellung kapitalistisch-demokratischer 'Normalität' und bisweilen sogar als anti- oder nichtkapitalistisch verstandener Diktatur ist vor allem ein Reflex des bürgerlichen Bewußtseins, um sich vor dem Hintergrund der Vernichtung eben *nicht* damit auseinandersetzen zu müssen – weil sie als etwas äußeres, dem 'normalen' Verwertungsprozeß Fremdes zu verstehen sei. Wer diese Denkbewegung nachvollzieht, und das tun die Antideutschen, muß sich in dieser ideologischen Frontstellung auf die Seite der Zivilisation, der Demokratie, der 'bürgerlichen Freiheit' stellen, zu deren Durchsetzung sich dann eben auch die Bombardierung von (deutschen) Großstädten notwendig macht.

Minimalvoraussetzung für die soziale Revolution?

Einige Vertreter einer antideutschen Wertkritik behaupten zumindest nicht, das Aufräumen mit dem Nationalsozialismus und seinen Gräueln sei wichtigstes Kriegsziel der Alliierten gewesen, sie drehen das Argument ein Gewinde weiter, wie z.B. Joachim Bruhn vom Freiburger *isf*: »*Es stimmt, leider, daß die US-Army keine Bomben auf die Gleise nach Auschwitz geworfen hat. Aber (...) im Krieg gegen den Nazifaschismus ereignete sich der unerhörte, historisch erste und bislang einzige Fall, in dem das ökonomische Interesse des Kapitals und das moralische Interesse der menschlichen Gattung zu hundert Prozent identisch waren.*« Die britischen Bomber hätten »*die Minimalbedingungen der sozialen Revolution in Deutschland wiederhergestellt*«.

Die Frage nach der Möglichkeit der Überwindung des deutschen Nationalsozialismus von Innen führt, auf diese deutschzentrierte Weise gestellt,

eben auf das Gleis der antifaschistisch-demokratischen Ideologie der alliierten Siegermächte. Nach dem Zweiten Weltkrieges kam es nicht zu revolutionären Erhebungen wie nach dem Ersten Weltkrieg. Das ist – neben der Rolle, die die Sowjetunion bei der Entwaffnung und Integration der europäischen Arbeiter- und Partisanenbewegungen in das internationale Staatensystem gespielt hat – auch direkt auf die Kriegsführung der Alliierten zurückzuführen. Die zielte nämlich auf die Verhinderung von sozialen Revolten aus diesen Bewegungen. In Italien hat der verzögerte Vormarsch der Alliierten das Abschlagen der Partisanen ermöglicht, in Griechenland ist die revolutionäre Bewegung niedergemetzelt worden. Die antikolonialen Aufstände der Nachkriegszeit konnten vor diesem ruhiggestellten Hinterland um so leichter massakriert werden. Die Kriegsführung des Zweiten Weltkrieges ist ausdrücklich gegen die soziale Revolte gerichtet. Nach den Erfahrungen des Ersten Weltkriegs, an den sich eine Phase von bewaffneten Klassenkämpfen bis Mitte der 20er Jahre anschloß, war die Verhinderung solcher Bewegungen ein wichtiger Aspekt der Kriegsführung.

Die Frage der Niederschlagung des Nationalsozialismus von innen läßt sich, wenn man vom umgebenden Rahmen abstrahiert, schwerlich anders als antideutsch beantworten. Es gab keinen Aufstand gegen den Nationalsozialismus, es gab auch keine starke Partisanenbewegung wie etwa in Italien. Aber eine genauere Betrachtung ergibt, daß es im Verhältnis in Deutschland nicht weniger militanten Widerstand gegeben hat als etwa in Italien. Die Situation des deutschen Widerstandes gegen den Nazifaschismus läßt sich nicht losgelöst von der Politik der Alliierten verstehen. Neben der Repression durch den Naziapparat, die auch in den letzten Kriegsjahren noch Hunderttausende in die KZ brachte, waren es eben auch die alliierten Bombenteppiche, die jede Möglichkeit zum Aufstand ersticken.⁵

Die antideutsche Ideologie hat sich in ihrer Ablehnung sozialer Bewegungen und ihrem Bezug auf den Staat als antiemanzipatorisch blamiert. Je weiter sie nach rechts rückt, desto lauter wird die verbale Radikalität aufgedreht: 'Kommunismus' und dgl. – auch hier schließt sich ein Kreis: ihre antiimperialistischen Vorläufer, die in den 70er Jahren die ganze Welt mit albanischen und/oder chinesischen Zwangssystem beglücken wollten, betrieben gleichzeitig einen regelrechten Kult der Selbstdarstellung als 'Kommunisten'.

⁵ Siehe dazu: Martin Rheinländer: The American way of antifa, Wildcat-Zirkular 16.

Marx und Universalität

Loren Goldner

Zuerst erschienen **1989** in *New Politics* unter dem Titel »The Universality of Marx«.

Das gegenwärtige gesellschaftliche, politische und kulturelle Klima ist von einer seltsamen Anomalie geprägt. Seit über fünfzehn Jahren versinkt der Weltkapitalismus in seiner schlimmsten Systemkrise seit den 1930er Jahren, und noch dazu in einer, deren Auswirkungen auf die Biosphäre wesentlich schlimmer sind als damals. Gleichzeitig ist die gesellschaftliche Schicht, die sich Linke nennt, in Europa und den USA voll auf dem Rückzug. In vielen fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern entwickelt diese Schicht ein zunehmendes Mißtrauen gegenüber der Weltsicht von Karl Marx, derzufolge der Kapitalismus solche Krisen mit sich bringt wie Sturmwolken Regen. Sein Blick auf die Welt sei eine »weiße/männliche« Art zu denken. Noch seltsamer mutet die Tatsache an, daß die relative Ausblendung von Marx großteils im Namen einer Ideologie von »Rasse/Gender/Klasse« geschah, die für Nichteingeweihte durchaus radikal und irgendwie marxistisch klingen mag. Dieser »Diskurs« (um seine eigene Begrifflichkeit zu benutzen) hat der Vorstellung von Klasse ausgerechnet das genommen, was sie bei Marx radikal gemacht hatte – daß sie für universelle Unterdrückung stand. Die Emanzipation der Klasse setzte nämlich die Abschaffung aller Unterdrückung voraus (und stellte gleichzeitig den Schlüssel dazu dar).

Die Frage nach der Bedeutung der Universalität, die von ihren Gegnern als »weiß/männlich« oder als »eurozentrisch« oder als »herrschender Diskurs« angegriffen wird, steht heute im Mittelpunkt der ideologischen Debatte. Sie ist zugleich ein Ausdruck der in jeder Hinsicht weltweiten Krise am Ende des 20. Jahrhunderts.

In den Schriften von Marx und Engels steht unter anderem, daß der Stand der Beziehungen zwischen Männern und Frauen der sicherste Gradmesser der Menschlichkeit einer jeden Gesellschaft sei, daß die gemeinschaftlichen Formen der Assoziation solcher Völker wie der nordamerikanischen Irokesen eine Vorwegnahme des Kommunismus darstellten und daß die Unterdrückung der matriarchalen durch patriarchale Verwandtschafts-

formen im antiken Griechenland zur selben Zeit stattgefunden habe wie die Verallgemeinerung der Warenproduktion, also des Protokapitalismus. Entgegen der aus der Aufklärung herrührenden schlichten Vorstellung von einem linearen Fortschritt schrieb Marx auch, daß jeglicher geschichtlicher Fortschritt, solange der Kommunismus nicht durchgesetzt sei, gleichzeitig von Rückschritten begleitet sei. Aber das ist meist recht bekannt, und das ist es auch nicht, was die Zeitgenossen stört. Was sie stört, ist, daß der Begriff der Universalität bei Marx und Engels sich letztlich weder auf kulturelle Konstrukte noch gar auf »Macht«beziehungen gründete, die Währung, in der die heutige Mode rechnet.

Der Universalismus von Marx beruht darauf, daß er die Menschheit als Gattung versteht, die sich von allen anderen dadurch unterscheidet, daß sie ihre Mittel, aus der Natur Reichtum zu gewinnen, ständig revolutioniert und sich damit von den relativ strengen Bevölkerungsgesetzen frei macht, die die Natur den anderen Gattungen auferlegt. »Das Tier produziert nur sich selbst«, schrieb Marx in den Ökonomisch-philosophischen Manuskripten von 1844, »während der Mensch die ganze Natur reproduziert.« (MEW 40, S. 517). Fast 150 Jahre später ist das ökologische Verständnis, das diese Zeilen enthalten, immer noch um einiges weiter entwickelt als das der meisten der heutigen »Öko«-Bewegungen. Im Gegensatz zu anderen Gattungen sind die Menschen in ihren Beziehungen zur Umwelt nicht durch die Biologie festgelegt, sondern besitzen eine unendliche Fähigkeit, die Umwelt und sich selbst neu zu erschaffen. So gesehen ist die menschliche Geschichte die Geschichte dieser wiederholten Revolutionen in der Natur und somit in der »menschlichen Natur«.

Marx stellt für den aktuell herrschenden Kulturalismus – der dermaßen alles durchdringt, daß er sich nicht einmal selbst auf den Begriff bringen kann – eine gewaltige (und meiner Ansicht nach unüberwindbare) Herausforderung dar. Das ist es, was die zeitgenössische Linke so an ihm stört.

Der Gedanke, daß es eine entscheidende Universalität geben könnte und daß diese darin besteht, daß die Menschen eine Gattung sind, ist heute hinter dichten Wolken verborgen. Dabei verlieren seine Gegner darüber kaum Worte (oder sind sich überhaupt der Tatsache bewußt, daß es genau darum geht). Für sie sind solche Gedanken – wie auch der Gedanke, daß Westeuropa ab der Renaissance eine in der Geschichte einzigartige, revolutionäre gesellschaftliche Formation darstellte, daß die Idee des Fortschritts eine Bedeutung haben könnte oder daß es Kriterien geben könnte, anhand derer sich die Menschlichkeit oder Unmenschlichkeit verschiedener »Kul-

turen« beurteilen läßt – »weiß/männliche«, »eurozentrische« Konstrukte, die Frauen, farbigen Völkern, Schwulen und Umweltschützern die »Differenz« ihrer »Identität« bestreiten.

So hat Edward Said ein populäres Buch mit dem Titel *Orientalism* geschrieben, das die Beziehungen zwischen dem Westen und dem Osten (und implizit zwischen zwei beliebigen Kulturen) als Begegnung zweier hermetisch versiegelter »Texte« darstellt, die dadurch unvermeidlich Störungen unterliegen und an Qualität verlieren. Said zufolge setzte der Westen seit dem Anbeginn der Moderne einem »dekadenten, stagnierenden« Orient den »Diskurs« eines »dynamischen Westens« entgegen. Da Said nicht einmal die Möglichkeit in Betracht zieht, daß es einen welthistorischen Fortschritt geben könnte, ist für ihn die Idee, daß das Europa der Renaissance einen historischen Durchbruch für die Menschheit darstellte, der ab dem 15. Jahrhundert den gesellschaftlichen Formationen der islamischen Welt überlegen war, keinerlei Diskussion wert. Das trivialisiert aber nicht nur den Durchbruch, den das Europa der Renaissance darstellt, es trivialisiert ebenso die Errungenschaften der islamischen Welt, die vom 8. bis zum 13. Jahrhundert den barbarischen Westen weit überragte, genauso wie die Errungenschaften des China der T'ang und Sung-Epochen, die zur selben Zeit beide vermutlich weit überragten. Wer nur Said liest, würde auch nie erfahren, daß die Blüte der islamischen Zivilisation im 13. Jahrhundert durch einen »Text« mongolischer Horden (wahrscheinlich ebenfalls Orientalen) unwiederbringlich ausgelöscht wurde, indem diese Bagdad dreimal dem Erdboden gleichmachten. Wenn man das Said-Buch per Zeitmaschine in die islamische Zivilisation unter dem Abbasiden-Kalifat transportieren könnte, hätten die Araber und Perser, die den Grundstein zur europäischen Renaissance legen halfen, seinen Kulturalismus wirklich seltsam gefunden. Man denke nur an die Bedeutung von Platon und Aristoteles für ihre Philosophie oder an die Linie der Propheten von Moses bis Jesus in ihrer Theologie. Suids an den Text geknüpfte Vorstellung von hermetisch versiegelten Beziehungen zwischen Gesellschaften und in der Weltgeschichte (die bei ihm keine eigentliche Bedeutung hat), ist die Quintessenz eines Kulturalismus, der sich unter dem Deckmantel der Radikalität in den letzten 20 Jahren überall breit gemacht hat.

Martin Bernal hat ein Buch mit dem Titel *Schwarze Athene* geschrieben, das von der aktuellen Mode gern mit Suids Buch in einen Topf geworden wird, obwohl es von einer genau gegenteiligen Sicht der Beziehungen zwischen Kulturen ausgeht und das Vorhandensein eines Fortschritts in der

Geschichte keineswegs leugnet. Bernals Buch trägt den Untertitel »die afroasiatischen Wurzeln der griechischen Antike – wie das klassische Griechenland ›erfunden‹ wurde«. Es versucht genau zu zeigen, wie die ägyptischen (also afrikanischen) und phönizischen (also semitischen) Kulturen die griechischen Errungenschaften in der Antike beeinflussten. Bernal will den griechischen Durchbruch damit nicht trivialisieren, sondern vielmehr, wie er gleich zu Beginn erklärt, durch Gegenüberstellung mit seinem tatsächlichen Hintergrund – dem Dialog mit anderen Kulturen – sein wahres Ausmaß sichtbar machen, das der moderne rassistische und antisemitische Klassizismus verdunkelt hat. Hätte Said sein Buch »Die hellenistischen Wurzeln der islamischen Zivilisation« oder »Die islamischen Wurzeln der europäischen Renaissance« genannt, wäre er sehr viel näher an Bernal gewesen, aber das wäre ein anderes Buch gewesen und ein weit besseres dazu, eines, das »in der Epoche von Foucault« wahrscheinlich nicht so populär geworden wäre.

In so einem Klima ist es richtig erfrischend, Samir Amins *Eurocentrism* zu lesen, das Buch eines ägyptischen marxistischen Intellektuellen, dessen Kritik am westlichen Ethnozentrismus, einschließlich wirklich eurozentrischer Varianten des Marxismus, nicht von einem relativierenden Diskurs kultureller »Differenz« her geschrieben ist, der kein kritisches Urteil abgeben kann. Amins Kritik des eurozentrischen Marxismus zielt nicht gegen dessen (unerfülltes) Streben nach Universalität, sondern geht eher davon aus, daß dieser Marxismus *nicht universal genug* ist. Amin sucht einen »Weg, die universalistische Dimension des historischen Materialismus zu stärken«. Nicht, daß er nicht selbst Probleme mit sich brächte, doch die sind anderer Art. Sein Buch hat jedenfalls Verdienste, die wir beleuchten sollten, bevor Leute nicht weiter lesen als bis zum Titel und es zu schnell dem Genre zuordnen, das Said etabliert hat (und dessen Weltsicht Amin in Bezug auf die ältere Kritik seitens Sadek Jalal el-Azm als »provinziell« charakterisiert).

Amin, der die »Gattungs«-Dimension des Marx'schen Denkens versteht, glaubt an viele altmodische Dinge. Er glaubt, daß es in der Weltgeschichte einen Fortschritt gegeben hat und zwar offensichtlich schon vor dem Aufstieg des Westens, daß die gesellschaftliche Formation, die das Europa der Renaissance hervorbrachte, revolutionär war, einzigartig in der Weltgeschichte und allen ihren Vorgängerinnen überlegen, und daß ihre Errungenschaften, einschließlich der Wissenschaften und der Rationalität, die Grundlagen für weiteren Fortschritt gelegt haben, der deutlich *über den Westen hinaus* gehen muß.

Im ersten Teil gibt Amin einen Überblick über die überwiegend mediterranen (vorkapitalistischen) »Tribut«-Gesellschaften, die der Renaissance

vorausgingen, und stellt eine Theorie aufeinanderfolgender Erneuerungen vor, die ausgehend vom alten Ägypten Durchbrüche für die Menschheit als ganze darstellten und weitere Durchbrüche ermöglichten. »Der universalistische moralische Durchbruch der Ägypter«, schreibt Amin, »ist der Eckpfeiler des darauf folgenden menschlichen Denkens.« Später im antiken Griechenland fand »eine Explosion auf dem Feld der wissenschaftlichen Abstraktion« statt, bei der »empirische Praxis – so alt wie die Menschheit selbst – schließlich Fragen über das menschliche Bewußtsein aufwarf, die die Anstrengung systematischerer Abstraktion nötig machten.« Die Leistungen des alten Ägypten entwickelten sich später zu einer allumfassenden Metaphysik, die dem Hellenismus, und später Islam und Christentum, seinen Ausgangspunkt lieferte, wie die Denker der Epoche selbst erkannten.

Man kann sich wirklich über die besondere Betonung streiten, die Amin darauf legt, daß über tausende von Jahren etwas entstand, was er als allgemeine Synthese der »mittelalterlichen Metaphysik« bezeichnet, in der (der Moslem) Averroes, (der Jude) Maimonides und (der Christ) Thomas von Aquin ohne Bedenken Texte voneinander lasen, kritisierten und verwerteten. Aber sicherlich hat Amin recht darin, daß die Ursprünge des Eurozentrismus daher stammen, daß die gemeinsamen mittelalterlichen Ursprünge im östlichen Mittelmeer, wo der Islam dem barbarischen westlichen Christentum lange überlegen war und woraus der kapitalistische Westen entstand, aus der Geschichte hinausgesäubert wurden. Diese künstliche Herausnahme des griechischen Durchbruchs aus dem größeren Zusammenhang machte es erst möglich, die frühere Phase im alten Ägypten und speziell den späteren Beitrag des hellenistischen Alexandria zu vergessen, auf den sich Christentum wie Islam so sehr stützten und den sie später nach Europa übertrugen. In Amins Betrachtungsweise war es gerade die Rückständigkeit Europas im Vergleich zum islamischen Mittelmeerraum, die den nächsten Durchbruch dort ermöglichte, wo er sich nicht gegen die abgeklärte mittelalterliche Metaphysik des Islam durchsetzen mußte. Und wahrscheinlich wird niemand Amin als »Orientalisten« beschimpfen, wenn er »die Reduktion der menschlichen Vernunft auf ihre rein deduktive Dimension« durch die christliche und islamische Metaphysik benennt und bedauert, daß »das gegenwärtige arabische Denken sich davon noch immer nicht befreit hat.«

Amin kritisiert am Eurozentrismus wie gesagt nicht, daß dieser die Einzigartigkeit des modernen Kapitalismus und seinen Beitrag zum menschlichen Fortschritt während einer gewissen (längst beendeten) historischen Periode anerkennt. Er richtet seine Kritik dagegen, daß der Kapitalismus

die Geschichte umschreibt und einen imaginären »Westen« konstruiert, der seine Durchbrüche angeblich ganz alleine schaffte, daß der Westen sich weigert, universelle Gesetze der Geschichte zu entdecken, die seine Errungenschaften genau einordnen und auch all die Gesellschaften sehen würden, die seine Grundlagen schaffen geholfen haben (so wie das Bernal für das antike Griechenland tut). Stattdessen hat der Westen eine mächtige Ideologie der Leugnung der weltweit wirksamen Gesetze der geschichtlichen Entwicklung produziert, die ihn selbst hervorgebracht haben. Er bestreitet den höchst universellen Charakter seiner eigenen Errungenschaften und »verewigt« den Fortschritt als etwas rein Westliches – in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Es lohnt sich, Amin hier ausführlich zu zitieren:

»Die vorherrschende Ideologie und Kultur des kapitalistischen Systems läßt sich nicht einzig und allein auf den Eurozentrismus zurückführen... Aber wenn der Eurozentrismus auch, streng gesprochen, nicht als Theorie gelten kann, so ist er doch auch nicht nur die Summe der Vorurteile, Irrtümer und Fehler von Westlern in Bezug auf andere Völker. Wäre das der Fall, handelte es sich hier lediglich um eine der banalen Formen des Ethnozentrismus, der allen Völkern zu allen Zeiten gemein ist. Die eurozentrische Verzerrung, die die vorherrschende kapitalistische Kultur kennzeichnet, leugnet aber das universalistische Streben, auf das diese Kultur angeblich gegründet ist... Die Kultur der Aufklärung stand vor einem wirklichen Widerspruch, den sie mit eigenen Mitteln nicht überwinden konnte. Denn es war offensichtlich, daß der werdende Kapitalismus, der den Kapitalismus hervorbrachte, sich in Europa entfaltet hatte. Darüberhinaus war diese Keimform einer neuen Welt früheren Gesellschaften tatsächlich überlegen – materiell wie auch in vielen anderen Aspekten –, und sowohl auf ihrem eigenen Territorium (dem feudalen Europa) als auch in anderen Regionen der Welt (dem benachbarten islamischen Orient und den entfernteren Orienten)... Die Kultur der Aufklärung war nicht in der Lage, die Tatsache dieser Überlegenheit mit ihren universalistischen Bestrebungen in Einklang zu bringen. Im Gegenteil driftete sie langsam in Richtung Rassismus als einer Erklärung für den Gegensatz zwischen ihr selbst und anderen Kulturen... Und so driftete die Kultur der Aufklärung zu Anfang des 19. Jahrhunderts in Richtung Nationalismus ab, und dadurch verarmte sie im Vergleich mit ihrem eigenen früheren Kosmopolitismus.«

Damit ist auch klar, daß Amin mit islamischem Fundamentalismus und anderen Dritte Welt-Kulturalismen nichts anfangen kann. Denen bescheinigt er einen anti-universalistischen Provinzialismus, der einen Kontrapunkt

zum Provinzialismus von Said und den postmodernen Kritikern des »weiß/männlichen Denkens« bildet (Amin benutzt letzteren Begriff nicht, aber ich tue das). Diese Verschmelzung der beiden Lesarten des »weiß/männlichen« sowie des durch die Weltgeschichte produzierten humanistischen Universalismus reproduziert in Wirklichkeit die vorherrschende Ideologie, indem sie abstreitet, daß die Renaissance in einer weiter gefaßten Menschheitsgeschichte einen Durchbruch dargestellt hat, und indem sie es nicht schafft, die Beiträge von »Nichtweißen« zu wesentlichen Aspekten der »westlichen« Kultur anzuerkennen, wie sie Bernal in *Schwarze Athene* zeigte (Bernal überläßt den schwarzen Nationalisten das Problem, wie man seinen Beleg für die afrikanische Dimension des alten Ägypten, auf der sie immer bestehen, mit seiner Behauptung zusammenbringt, daß dieses einen wichtigen Einfluß auf die griechische Kultur ausgeübt habe, die sie immer als »weiß« denunzieren). Von einem wirklich universalistischen Herangehen an die Geschichte kann sich weder der europäische noch der antiwestliche Provinzialismus viel versprechen.

Amins *Eurocentrism* trägt allerdings trotz der unleugbaren Stärken schwer an einem Gepäck ganz anderer Art. Was Amin bei der Diagnose brilliant vorlegt, zieht er bei der Therapie plump wieder zurück. Meine Kritik an ihm läuft auf dasselbe hinaus wie seine eigene Kritik an den Eurozentrikern: Er ist nicht universell genug. Sein Universalismus ist nicht der jener globalen Klasse von Arbeitern, die vom Kapitalismus ausgebeutet werden, sondern der eines Ideologen der Autarkie für die Dritte Welt. Er entwickelt den Anspruch, »die universelle Dimension des historischen Materialismus zu stärken«, endet aber dabei, daß er in nur leicht abgewandelter Sprache genau die Art Marxismus darbietet, dessen Debakel in den 1970er Jahren den Postmodernismus überhaupt erst groß gemacht hat. Amins Universalismus ist nicht der der internationalen Arbeiterklasse, sondern der *des Staats*. Die Postmodernisten gehen von der Annahme aus, daß jeglicher Universalismus zwangsläufig zu einer versteckten Rechtfertigung der Macht führt, auch der Staatsmacht. Leider kann Amin sie nicht eines Besseren belehren.

Wer ist Samir Amin? Am besten in Erinnerung ist er vielleicht als Autor des zweibändigen Werks *Accumulation on a World Scale*. Und nicht zufällig war es wie bei *Eurocentrism* und den meisten anderen seiner Bücher die *Monthly Review Press*, die es [ins Englische] übersetzte und veröffentlichte. Weniger wohlwollend erinnert man sich an ihn vielleicht als einen der entschiedeneren Apologeten des Pol-Pot-Regimes in Kambodscha in den Jahren 1975 bis 1978, der auch dann noch auf seinem Standpunkt

beharrte, als bekannt wurde, daß die an Völkermord grenzende Politik der Khmer Rouge eine Million von acht Millionen Menschen in Kambodscha umgebracht hatte. Kambodscha ist ja tatsächlich ein Beispiel für Amins Strategie der »Abkopplung«. Aufgrund von unschönen Erfahrungen bezeichnete er sie als »nationale volksdemokratische« Strategie, da sich weder die Sowjetunion noch China noch Pol Pots Kambodscha glaubwürdig als »sozialistisch« bezeichnet lassen (und bezeichnenderweise erwähnt er Kambodscha in *Eurocentrism* nicht ein einziges Mal).

Amin gehört zu einer Schule von Denkern – in diesen Zusammenhang gehören auch Bettelheim, Pailloix, Immanuel Wallerstein und Andre Gunder Frank –, die auf den Arbeiten von Baran und Sweezy aufbauten und in der Nachkriegszeit als Anhänger der »Monopolkapital«-Schule des Marxismus bekannt wurden (die natürlich keineswegs in allen Fragen denselben Standpunkt teilten). Das Forum der *Monthly Review*-Schule waren der Verlag und die Zeitschrift gleichen Namens. Sie entwickelte sich von den 1940er bis in die 1980er Jahre, befürwortete »antiimperialistische« Bewegungen und Regimes und hielt »Abkopplung« (um Amins Begriff zu verwenden) für den einzigen Weg, wie solche Bewegungen und Regimes (die sie damals gerne als sozialistisch bezeichnete) rückständige Länder entwickeln könnten. Diese Neigung führte sie von Stalins Rußland über Maos China, Sukarnos Indonesien, Nkrumahs Ghana und Ben Bellas Algerien bis zu Castros Kuba. Meist wurden sie enttäuscht. Beim Zerwürfnis zwischen China und der UdSSR hielten sie es mit China. Die Entwicklung nach Mao ließ ihre Leidenschaft für China abkühlen, und auf diese Enttäuschung folgten bald darauf Pol Pots Kambodscha, die Ausweisung der (von der Abstammung her chinesischen) *boat people* aus Vietnam, die vietnamesische Invasion in Kambodscha, der chinesisch-vietnamesische Grenzkrieg 1979 und Chinas Bündnis mit den USA. Man hatte es damals nicht leicht als »Antiimperialist«. Die »antiimperialistischen Kräfte« führten alle Krieg gegeneinander, und China bekam Waffen vom größten Imperialisten überhaupt. Um 1980, als die iranische Revolution eine fundamentalistische Wende nahm, kamen viele Menschen, auch in der Dritten Welt zu dem Schluß, daß »Antiimperialismus« allein nicht reichte. Einige meinten sogar, es gäbe so etwas wie einen *reaktionären* Antiimperialismus. Und schließlich betraten etwa zur selben Zeit Länder wie Südkorea und Taiwan als Industriemächte die Bühne, und zwar keineswegs mittels Autarkie, sondern indem sie den Weltmarkt und die internationale Arbeitsteilung benutzten. Amin und seine Freunde hatten immer gesagt, daß das unmöglich sei.

Abkopplung ist ein seltsamer Name für eine Idee, die zuerst Josef Stalin entwickelte und die er »Sozialismus in einem Land« nannte (Amin findet, daß Stalin mit den Bauern zu hart umgesprungen ist, aber er hat nie gesagt, was er über die Millionen denkt, die während Maos »Großem Sprung nach vorn« ums Leben kamen.) Die weltweite Strategie Amins und der Schule, aus der er kommt, beruht auf einer Theorie der »ungleichen Entwicklung«, die sie als ein permanentes Nebenprodukt des Kapitalismus begreifen. Das ist an und für sich in Ordnung, und schon Trotzki hat das achtzig Jahre vorher ausgearbeitet. Die »Abkopplung« ist für Amin und seine Mitdenker eine Strategie, um die »schwachen Glieder« in der Kette des internationalen Kapitalismus zu zerbrechen. Auch Karl Marx hatte eine Theorie über »schwache Glieder«, die er als »permanente Revolution« bezeichnete. Amin hat diesen Begriff nie benutzt, wahrscheinlich weil er meist mit Trotzki in Verbindung gebracht wird. Marx wandte ihn 1848 auf Deutschland an, um zu erklären, warum die deutschen Arbeiter, aufgrund der Schwäche der deutschen Bourgeoisie, im Kampf um Demokratie in der Lage waren, über den bürgerlichen Liberalismus hinaus zum Sozialismus überzugehen und damit der Revolution einen »dauerhaften« Charakter zu geben. Dieselbe Theorie wandte Leo Trotzki nach 1905 auf Rußland an und war damit vor 1917 der einzige, der die Möglichkeit einer von der Arbeiterklasse geführten Revolution im rückständigen Rußland vorhersah.

Anders als Amin machten Marx und Trotzki jedoch nicht den Vorschlag, die Arbeiter in den Ländern der »schwachen Glieder« sollten sich vom Rest der Welt abkoppeln. Für sie war die Arbeiterklasse eine internationale Klasse, und sie sahen in den deutschen und dann den russischen Arbeitern potentielle Anführer in einem weltweiten revolutionären Prozeß. Gemäß dieser Logik waren Strategie und Überleben der Bolschewiki 1917 vollständig von einem Erfolg der Revolution in Deutschland abhängig. Nach dem Scheitern der deutschen Revolution war die russische Revolution isoliert und in einem Belagerungszustand. Die »Abkopplung« wurde erst dann zu einem Bestandteil des sozialistischen Arsenal, als Stalin den grotesken und niemals zuvor gehörten Vorschlag des »Sozialismus in einem Land« und der damit zusammenhängenden drakonischen Autarkie machte.

Die Theorie Amins und seiner Kollegen von der *Monthly Review* beruht auf der Niederlage der weltweiten revolutionären Welle von 1917 bis 1921 und nicht auf deren Sieg, auch wenn sie ihren Ursprung selten so klar darlegen. Von Marx' Begriff der permanenten Revolution übernimmt Amins Theorie nur den Aspekt der »schwachen Glieder«. Amin denkt, die »Ab-

kopplung« bewahre die Arbeiter und Bauern des abgekoppelten Landes vor dem blutigen Prozeß einer durch den westlichen Kapitalismus aufgezwungenen ursprünglichen Akkumulation. Die Abkopplung legitimiert jedoch lediglich eben diesen Prozeß, der nun durch die örtliche »antiimperialistische« Elite durchgezogen wird. Diese Lektion lernten die Arbeiter und Bauern z.B. Kambodschas auf die harte Tour. Amins Theorie koppelt die Arbeiter und Bauern der Dritten Welt auch von der einzigen Kraft ab, deren Eingreifen ihnen diese Prüfung ersparen könnte, nämlich von der internationalen Bewegung der Arbeiterklasse (Amin meint im wesentlichen, daß eine sozialistische Arbeiter-Revolution im Westen ein Hirngespinnst sei, aber er ist zumindest ehrlich genug, das auszusprechen). Letztlich koppelt Amins Theorie die Arbeiter und Bauern in den »abgekoppelten« Ländern unter der Schirmherrschaft der »nationalen Volksdemokratie« (er traut sich nicht mehr, dazu, wie früher üblich, Sozialismus zu sagen) an Mao, Pol Pot und deren mögliche Nachfolger an, die selbst den Platz der westlichen Kapitalisten einnehmen und die Akkumulation mit Phrasen über den »Aufbau des Sozialismus« durchziehen. Und deswegen kann man Amins Theorie zu Recht als Theorie einer Dritte Welt-Elite und seinen Universalismus als Universalismus des Staats bezeichnen. [...] Deshalb können wir nur bedauern, daß Samir Amins energische Verteidigung einiger der wichtigsten Aspekte bei Marx, über die im gegenwärtigen Klima des postmodernen Kulturalismus dermaßen hergezogen wird, sowie sein absolut richtiger Versuch, über den eurozentrischen Marxismus hinauszugehen, sich mit seiner schwachen »Nationale Volksdemokratie«-Strategie der Abkopplung paaren. »National« und »Volks-« waren auch in der Sprache des Faschismus zentrale Wörter, und keines der Regimes, die Amin über die Jahre für ihr »Abkoppeln« pries, ist auch nur ansatzweise demokratisch. Der nächste Durchbruch in der Weltgeschichte muß *über* die Ausbeutung, die für den Weltkapitalismus kennzeichnend ist, *hinausgehen*, und zwar in der »Peripherie« *und* im »Zentrum«. Die jüngste Geschichte hat genügend Fälle gesehen, in denen eine »Abkopplung« zu einem autarken Zusammenbruch geführt hat, der tragischerweise bei Millionen von Leuten in Ländern wie Polen, der Sowjetunion, China und Kambodscha die Erwartung ausgelöst hat, daß ihnen der westliche Kapitalismus etwas Positives anzubieten hätte. Das hat er nicht. Samir Amin jedoch auch nicht.

Loren Goldners Universalismus geht nicht weit genug

Ein Nachwort

Trotz seines fortgeschrittenen Alters von zwölf Jahren ist Loren Goldners Text immer noch aktuell, denn er bringt vehement einen zentralen Einwand gegen alle Spielarten der postmarxistischen Linken vor (von den »neuen sozialen Bewegungen« über »3 zu 1« bis zur eigentlichen »Postmoderne«): Im Gegensatz zu allen modischen Partikularismen hat Marx sich auf den Standpunkt der gesamten Menschheit als Gattung gestellt und versucht, deren Geschichte als zusammenhängende und zusammengehörige zu verstehen und zu kritisieren. Dies stellt die Grundlage für die gemeinsame und umfassende Überwindung der kapitalistischen Gegenwart durch die Menschheit dar.

Leider geht Goldner in seiner Verteidigung des Universalismus aber nicht weit genug. Er stützt sein Argument von der Einheit der Menschheit nämlich ausgerechnet auf Untersuchungen über die außereuropäischen Vorläufer und Einflüsse auf die westlich-christliche »Kultur«. Die Erwähnung dieser Einflüsse und der positive Bezug auf sie eignet sich zwar gut als Argument sowohl gegen den westlichen Rassismus als auch gegen seine zu kurz greifende Kritik durch den Kulturrelativismus, geht aber nicht über den von Goldner selbst treffend so genannten »Staats-Universalismus« Samir Amins hinaus. Die Einflüsse und Gemeinsamkeiten werden nämlich an »Hochkulturen« festgemacht, deren wichtigster historischer Fortschritt neben neuen Formen der Naturbeherrschung vor allem in neuen, grausameren Formen der Klassengesellschaft und des Staates lag.

Was bei Goldner zu kurz kommt, ist die Dialektik des historischen Fortschritts. Es reicht nicht, zu schreiben, daß »jeder geschichtliche Fortschritt, solange der Kommunismus nicht durchgesetzt sei, gleichzeitig von Rückschritten begleitet sei«. Der Fortschritt selbst heißt nämlich, daß, wie Marx schrieb, »je zivilisierter sein Gegenstand, um so barbarischer der Arbeiter, daß, um so mächtiger die Arbeit, um so ohnmächtiger der Arbeiter wird, daß, je geistreicher die Arbeit, um so mehr geistloser und Naturknecht der Arbeiter wird.« (MEW Bd. 40, S. 513). Goldner zitiert kritiklos Amin, der vom »universalistischen moralischen Durchbruch der Ägypter« spricht. Dabei kommt die Sklavenarbeit beim Pyramidenbau nicht vor,

sondern einzig ein mutmaßliches kulturelles Entwicklungsniveau der Pharaonen und ihrer Priester und Beamten.

Auch Eric Wolf verteidigt in seinem sehr empfehlenswerten Buch »*Europe and the people without history*« (1982 - deutsch etwas mißverständlich übersetzt als »Völker ohne Geschichte«) den Universalismus mit der Behauptung, »daß die Welt der Menschheit eine Totalität miteinander verbundener Prozesse« darstelle. Er geht in der Kritik der Vorstellung vom »Westen als eine von anderen Gesellschaften und Zivilisationen unabhängigen und ihnen entgegengesetzten Gesellschaft« aber einen Schritt weiter und kritisiert auch die einfache Vorstellung von Fortschritts-Genealogien, aus denen fast zwangsläufig im Rückblick eine unaufhaltsame Erfolgsstory der eigenen Gesellschaft wird. Wolf trägt eine Fülle von historischem Material zusammen, um sowohl die inneren Klassenkämpfe der europäischen und außereuropäischen Gesellschaften als auch ihre seit Jahrtausenden bestehenden vielfältigen Verbindungen zu zeigen, und zwar nicht nur zwischen den »Hochkulturen«, sondern auch zwischen ihnen und den umgebenden Bauern- und Hirtengesellschaften.

Deshalb ist die Entstehung und der Aufstieg des »europäischen« Kapitalismus weder aus einer Gegenüberstellung zwischen dem dynamischen Westen und dem vergleichsweise statischen Osten noch aus Europa allein, sondern nur als Geschichte zu verstehen, in der die produktive Unterlegenheit Europas gegenüber der islamischen Welt um 1500 als Auslöser der europäischen Expansion genauso eine Rolle spielt wie die Indios, die später das Gold und Silber aus den Bergwerken Südamerikas gruben, und die Afrikaner, die noch später auf den Plantagen Nordamerikas schufteten. Der Kapitalismus seit 1500 ist eine weltweite Geschichte, und zwar eine weltweite Geschichte von Klassenkämpfen.

Deshalb ist es auch wenig überzeugend, wenn Goldner den ArbeiterInnen im Trikont als Alternative zu Amins Antiimperialismus nur das Warten auf die Revolution in den fortgeschrittensten Metropolen vorzuschlagen hat. Dabei ist heute angesichts der Migrationsbewegungen sichtbarer denn je, daß die Klassenkämpfe weltweit zusammenhängen und die Avantgarden an den Fließbändern der Zentren oft die BäuerInnen aus den Peripherien sind. Ein revolutionärer Universalismus muß von dieser weltweiten proletarischen Erfahrung ausgehen!

B., Hamburg

Burning down the house

Bedford/UK: Flüchtlinge fackeln Europas größten Abschiebeknast ab

Es ging schon seit der Eröffnung im November 2001 heiß her im **Yarl Wood Detention Center**: die Insassen, abgelehnte AsylbewerberInnen des mit 900 Plätzen größten europäischen Abschiebegefängnisses protestierten u.a. mit Hungerstreiks gegen die Haftbedingungen. Als ein älterer Insasse am 14. Februar 2002 erst mit Tagen Verspätung und zudem in Handschellen in ein Krankenhaus transportiert werden sollte, hat's dann auch gereicht: das Verwaltungsgebäude brannte komplett ab, und auch die anderen Blocks des von einer Privatfirma betriebenen Gefängnisses wurden stark beschädigt. Während des Aufstands kletterten 200 Männer und Frauen auf die Dächer des Knasts, anderen gelang im Trouble die Flucht.

Die britische Regierung hat sich das offizielle Ziel gesetzt, jedes Jahr 30 000 Illegale abzuschieben, wobei ihr eine neu eingerichtete Hotline zur Denunziation von Illegalen helfen soll. Im Jahr 2001 gab es 11 Prozent weniger Asylanträge, was darauf hinweist, daß sich viele EinwanderInnen die Mühe gar nicht erst machen – kein Wunder angesichts 69 Prozent abgelehnter Anträge. Es stellen vor allem diejenigen einen, die sich auch eine Chance ausrechnen, anerkannt zu werden: im Jahr 2001 waren das hauptsächlich Leute aus Afghanistan (9 190), Irak (6 805), Somalia (6 500) – wobei sich die Liste nicht zufällig liest wie ein Reiseplan der RAF (Royal Air Force). Auch die Auseinandersetzungen zwischen den englischen und französischen Bürokraten über die Verantwortung für die Bewachung des Euro-Tunnels (mittlerweile ein Haupteinfallstor für »illegale« MigrantenInnen) zeigt, daß die englische Regierung mit der Regulierung der Arbeitskraftzuwanderung einige Probleme hat.

Und hoffentlich nicht zum letzten Mal: bei der Eröffnung dieses dritten Abschiebeknasts Englands hatte ein Vertreter des Innenministeriums noch bemerkt, Yarl Wood sei ein »leuchtendes« Beispiel für den Versuch der Regierung, illegal Eingewanderte oder abgelehnte Asylbewerber wieder außer Landes zu bekommen. Geleuchtet hat's jetzt ja nicht schlecht!